

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

297 (21.12.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 J Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abgaben 4.00 M.; durch die Post bezogen 4.50 —, ohne Ausgabe- u. Postgebühren, monatl. Einzelempl. 25 J.

Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: 8.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 49 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelleile 1.— M. Die Reklamezeile 8.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 49 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Sachverständigen-Konferenz in Brüssel

Brüssel, 20. Dez. In der Sitzung der Reparationskonferenz vom Samstag vormittag führte der Direktor im Reichs- arbeitsministerium Le Sauter über Deutschland aus, Deutschland könne nur bestehen, wenn in seiner Handelsbilanz die Ausfuhr die Einfuhr übersteige. Deutschland sei daher gezwungen, seine Einfuhr zu beschränken. Deutschland habe die Verpflichtung, den Alliierten Reichtbegünstigung zu gewähren, aber es erfordere nicht dieselbe Reichtbegünstigung seitens der Alliierten. Daher sei Deutschland nicht mehr in der Lage, bei Abschluss der Handelsverträge den Vertragsgegnern irgend einen Vorteil zu bieten. Sauter betonte, daß der Vertrag selbst nach einer Reihe von Jahren eine Lockerung dieser besonderen Schwierigkeiten zu Gunsten Deutschlands ins Auge fasse. Die Bestimmungen des Friedensvertrages seien eben so sehr den Interessen der Alliierten wie denen Deutschlands zuwider. Wenn die Voraussetzungen des Friedensvertrages bestehen bleiben, so müßte der für die Reparation verfügbare Betrag geringer sein, als es sonst möglich sein würde. Wenn die Konferenz konkrete Anregungen bezüglich der Klaffung des Friedensvertrages über die Reichtbegünstigung wüßte, so müßte die deutsche Delegation sie unverzüglich vorbereiten.

Handdirektor Staus gab einen Überblick über die Lösung des im Friedensvertrage vorgesehenen Ausgleichsverfahrens und betonte die großen Vorzüge der alliierten Länder in der Lösung des Ausgleichsverfahrens.

Es seien in den Monaten Juli bis Oktober 8,8 Millionen Pfund Sterling an England und etwa 59 Millionen Franken an Frankreich geliefert worden. Es habe sich überaus unglücklich getroffen, daß gerade in der Zeit, in der Deutschland aus dem Kohlenabkommen von Spa rund 60 Millionen Goldmark gleich 8 Millionen Pfund Sterling aufgrund seiner Kohlenlieferung habe beanspruchen können, die für 8 Monate rund 8 Millionen Pfund Sterling ausmachen, die im Ausgleichsverfahren von Deutschland beanspruchten Beträge sich bisher in der gleichen Höhe belaufen hätten, während man in Spa hätte fordern dürfen, daß diese Vorzüge gegen das weitere Hinabgleiten des deutschen Marktkurses eine gewisse Vorbeugungsmaßnahme sein würden, habe sofort ein neuer Zusammenbruch stattgefunden, der beimable zur Katastrophe geführt hätte. Staus legte der Konferenz ein Diagramm vor, das das Niedergehen des deutschen Marktkurses im Vergleich mit der Währung der anderen Länder widergibt. Schließlich meinte von Staus, daß es eine große Hilfe wäre, wenn die Alliierten eine Lockerung in der Höhe des Ausgleichsverfahrens herbeiführen würden, welche so willkürliche Ergebnisse, wie sie bisher erzielt worden seien, zukünftig ausschließt.

Generaldirektor Guin sprach dann von dem Friedensvertrag verurteilenden Verlust der großen Handelsflotte. Eine eigene Handelsflotte sei unbedingt nötig für die Durchführung der Reparationsleistungen. Deutschland habe nur noch 300.000 Tonnen, darunter zwei bis drei seegebende Schiffe gegen 5,2 Millionen Tonnen von der internationalen Tonnage abhängig. Dies behindere die Wiederaufnahme des deutschen Warenverkehrs. Die Kräfte müßten überdies in fremder Währung bezahlt werden, während vor dem Kriege die eigene Handelsflotte durchaus ausreichend war. Die Zurückhaltung eines Teils seiner Flotte würde die Arbeitslosigkeit in der seemannischen Bevölkerung und in der Industrie erheblich vermehren. Damit würde nicht nur den Interessen Deutschlands, sondern auch denen der Alliierten und der ganzen Welt gedient werden.

Brüssel, 21. Dez. Mit Rücksicht auf die noch in vollem Fluß befindlichen Besprechungen mit den einzelnen Mitgliedern der deutschen und alliierten Delegationen hat gestern seine Rollstuhlfahrt der Konferenz fortgesetzt. Sie wird voraussichtlich erst am Mittwoch vormittag abgebrochen werden. Die einzelnen Besprechungen wurden gestern den ganzen Tag über fortgesetzt. Besonders die Fragen der Reichtbegünstigung, der Sachleistungen, die Schiffahrtfrage und die Frage der Besatzungsstellen wurden erörtert. Für heute sind u. a. Besprechungen über das deutsche Eigentum im Ausland und über das Ausgleichsverfahren vorgesehen.

Die Völkerbundversammlung in Genf

Nachträge aus der Schlussitzung

Brüssel, 18. Dez. Zu dem Bericht über die letzte Sitzung der Völkerbundversammlung ist nachzutragen, daß bei Besprechung des schweizerischen Antrages über die Kinderhilfsaktion, dem auch Libanon zugestimmt hat, der Vertreter Neuseelands Allen mitteilte, daß seine Regierung ihm neuerdings 10.000 Pfund Sterling für die Kinderhilfsaktion zur Verfügung gestellt hat, jedoch die Beiträge Neuseelands sich jetzt auf 50.000 Pfund Sterling belaufen. Ador-Schweiz dankt im Namen der schweizerischen Delegation für die sympathische Aufnahme des Antrages und erklärte, daß das zentrale Hilfskomitee in Zusammenarbeit mit den Noten Kreuz-Organisationen aller Länder bemüht sei, die Beiträge gerecht zu verteilen. Die Mitwirkung des Völkerbundes werde die Initiative der privaten Hilfsaktion stärken und damit der Not nach Rücksicht fließen.

Brüssel, 18. Dez. Der heutigen Sitzung der Völkerbundversammlung wohnten auch die Delegierten der neuangeworbenen Staaten bei. Man sei in Norwegen erhaltene Bericht über die von der Unterkommission für die Mandatsfragen gefassten Beschlüsse. Lord Robert Cecil referierte über alle diese Fragen in sehr eingehender Weise und betonte die Notwendigkeit, daß jetzt positiv gearbeitet werden müsse, nachdem der Aufschub erfolgt sei.

Die Versammlung behandelte dann noch einmal die armenische Frage im Zusammenhang mit dem Verichte Roncescus auf Einbindung eines internationalen Expeditionskorps nach Armenien. Es wurde beschlossen, diesen Antrag dem Völkerbundrat zur weiteren Behandlung zu überweisen.

Preßfestimmungen zum Völkerbund

In einem „Genfer Bilanz“ über die letzten Artikel schreibt der „Vorwärts“ zum Schluß der ersten Völkerbundversammlung, daß das Schauspiel in Genf auf alle aufrichtigen Freunde der Völkerbundsidee stark enttäuschend gewirkt haben müsse. Das

Blatt fragt: Wer kann mit gutem Gewissen behaupten, daß der Geist von Versailles bereits überwunden ist und wer erblickt im Völkerbund nunmehr etwas anderes und edleres als ein Machtinstrument der siegreichen Entente? — Auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ kommt zu dem Schluß, daß in Genf noch der Geist von Versailles herrsche und hofft, daß schließlich doch noch eine neue Macht entstehe, die höher steht, als das in den Friedensverträgen niedergelegte Recht, eine Macht, deren Kraft in dem ewigen Bestehen der heiligen Gerechtigkeit liege. Nur eine solche Macht könne den wahren Völkerbund schaffen.

Die große Getreideschieberaffäre

Der Hauptschuldige in Berlin ermittelt

Dresden, 19. Dez. In der Getreideschieberaffäre ist nun auch der Kaufmann Junge verhaftet worden. Ferner hat der Untersuchungsrichter das Vermögen des Hofrats Rosenthal beschlagnahmt, weil anzunehmen ist, daß die zu erwartende Strafe und die Gerichtskosten den Betrag von 500.000 M. übersteigen werden. Gestern wurde Rosenthal selbst in einem Berliner Sanatorium ermittelt. Heute vormittag hat sich auf Antrag der Dresdener Staatsanwaltschaft der Dresdener Gerichtsrat Dr. Oepel in Begleitung eines Kriminalinspektors im Auto nach Berlin begeben, um zu untersuchen, ob R. vernehmungsfähig ist. Zutreffendenfalls wird er noch heute abend in das Dresdener Untersuchungsgefängnis eingeliefert werden.

R. A. P. D. nur Gast der dritten Internationale

Wie die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ mitteilt, ist die R. A. P. D. von der Dritten Internationale als „sympathisierende Partei“ anerkannt worden, die durch einen künftigen Delegierten mit beratender Stimme in der Exekutive der Dritten Internationale vertreten sein soll.

Spaltung in der belgischen Sozialdemokratie

Brüssel, 20. Dez. Auch die belgische sozialdemokratische Partei hat sich gespalten. Eine extreme Minorität ist aus der Partei ausgeschieden.

Die Politik der sächsischen Regierung

11. Dresden, 20. Dez. Bei der zweitägigen oft sehr erregten Besprechung über die politischen Richtlinien der neuen Regierung im sächsischen Landtage schäufte der Ministerpräsident in bemerkenswerter Weise seine Erklärung über die Politik zu betretende Sozialisten dahin ein, daß diese nicht in einem Massenstaat und nur mit gleichwertiger Arbeit durchzuführen werden könne. Bei diesen Verhandlungen stellte sich auch die Schwäche des Kabinetts heraus, als die Kommunisten abgemahnt erklärten, daß ihre Unwesenheit im Landtage nur dessen Sabotage bezwecke. Allerdings eine Ministerjurerei nach Belieben werde sich schwerlich durchsetzen lassen, denn der Führer der Deutschnationalen betonte, daß vielleicht, gerade wenn die Kommunisten beabsichtigen, die Regierung zu kürzen, diese von der Rechten gestützt werde, die die Politik, die den Kommunisten nicht gefalle, jedenfalls den Bürgerlichen ganz zwangsmäßig erkennen. Bei dieser Gelegenheit sprach auch zum erstenmal in der Geschichte der Volksvertretung Sachsens ein Abgeordneter desentrums im sächsischen Landtage.

Dänische Entschädigung für das deutsche Abtretungsgebiet

Berlin, 20. Dez. Die „Tägl. Rundschau“ meldet aus Kopenhagen: Das dänische Staatsministerium kündigte offiziell an, daß der Wiederherstellungsausgleich in Paris am 17. Dezember endgültig den Betrag festsetzt, den Dänemark an Deutschland für das deutsche Staatsgebiet an den früheren deutschen Gemeinden in Nordholschia zahlen soll. Der Gesamtbetrag wurde in Uebereinstimmung mit den Forderungen des Versailler Vertrages auf 65 Millionen Goldmark festgesetzt, von denen vom 25. Dezember ab Zinsen zu zahlen sind.

Amerikanische Staatsanleihe an Deutschland

Paris, 20. Dez. Nach einer Meldung des „Matin“ aus London wird aus Washington berichtet, der Abgeordnete Madone habe im Repräsentantenhaus erklärt, der Vorschlag Deutschlands eine Staatsanleihe von einer Milliarde Dollar zu gewähren, die dazu bestimmt sei, die Wiederbelebung des Handels zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zu beschleunigen, würde demnächst dem Kongreß zugehen.

Ein Organ der christlichen Gewerkschaften

Berlin 21. Dez. Nach Berliner Blättermeldungen soll die auf dem Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften von Tegeermühl angekündigte neue Tageszeitung am 1. April 1921 ins Leben treten. Die Leitung dieses Blattes übernimmt der frühere Direktor der „Nordb. Allg. Ztg.“, die Verwaltung der Redaktion erfolgt durch den christlichen Gewerkschaftsbund.

Zur Rückkehr Konstantins

Brüssel, 20. Dez. Die Alliierten haben sich veranlaßt gesehen, sich angesichts der Rückkehr des Königs Konstantin nach Griechenland über die Haltung ihrer Befehden in Athen schlüssig zu werden. Sie sind übereingekommen, in voller Uebereinstimmung vorzugehen und ihrer Mißbilligung besonders harten Nachdruck zu geben. Anfolgedessen haben der französische und der englische Gesandte Weisung erteilt, sich bis auf weiteres jedes amtlichen Verkehrs mit König Konstantin und dem Hofe zu enthalten. Ebenso wenig werden sie den öffentlichen Feierlichkeiten beizuwohnen, die aus Anlaß der Rückkehr des Herrschers stattfinden werden. Die Mitglieder der englischen und französischen Militär- und Marinekommission werden die gleiche Haltung einnehmen.

Athen, 20. Dez. König Konstantin hat an das griechische Volk eine Volkshand gerichtet, in welcher u. a. erklärt wird, daß er sich glücklich fühle, sich wieder bei seinem Volke zu befinden. Die Volkshandlung habe die Wahrheit der von seinem unvergeßlichen Vater übernommenen Lösung „Meine Stärke liegt in der Liebe des Volkes“ gezeigt.

Der Eisenbahner Schicksalsstunde

Von Th. Kabur, M. d. R.

Gemeinschaftlich mit den übrigen Reichsbeamten haben die Eisenbahnbeamten Forderungen auf Erhöhung ihrer Bezüge gestellt. Regierung und Parlament sind in der Bewilligung bis an die äußerste Grenze dessen gegangen, was nach ihrer Meinung die Reichsfinanzen an Belastung noch ertragen können. Ob das letztere zutrifft, kann von den Außenstehenden nicht ohne weiteres beurteilt werden. Sicher ist, daß das deutsche Wirtschaftsleben auf das schwerste erschüttert ist und kaum noch große Belastungsproben vertragen. Das ungedeckte Defizit im Reichsetat beträgt bereits jetzt 70 Milliarden Mark und wird sich in den nächsten Monaten noch ganz erheblich vergrößern. Die laufenden Ausgaben sind infolge der Kriegslasten außerordentlich groß und die weitere Steigerung ist noch gar nicht abzusehen. Allein die Sicherung der Brottrückerung in diesem Centesjahr wird voraussichtlich 8 bis 10 Milliarden kosten. Zur Deckung der gegenwärtigen und noch bevorstehenden Ausgaben sind die erforderlichen Einnahmen weder vorhanden noch zu erwarten, jedoch schließlich nur eine weitere Steigerung des Notenumlaufs übrig bleibt. Ob aber die Reichsbank sich mit dieser Finanzgebarung dauernd einverstanden erklärt, bleibt abzuwarten.

Angesichts dieser Tatsachen könnte es unverständlich erscheinen, daß die Beamten trotzdem auf Erfüllung ihrer Forderungen beharren und die Arbeiter der Reichsbetriebe mit ganz ähnlichen Ansprüchen sich der Bewegung angeschlossen haben. Der objektive Beurteiler wird aber darüber nicht im Zweifel sein können, daß nicht Uebermut oder Ueberhöhung der eigenen Macht die Reichsbeamten und Arbeiter veranlaßt, an ihren Forderungen heute festzuhalten, sondern nur die bittere Not. Sehr oft hört man nun, daß die hohen Eisenbahnerlöhne Aufrichtigkeit herbeigeführt haben müßten. Ein paar Zahlen dürfen zeigen, daß der Hinweis auf die angeblich hohen Löhne von falschen Voraussetzungen ausgeht.

Der Reichstaxi für die Eisenbahnarbeiter zerfällt in 8 Lohn- und 5 Wirtschaftsklassen. Hinzu kommt noch, daß der Lohn sich nach 7 Altersklassen abstuft. Auf Grund dieser Einteilung sind 260 verschiedene Lohnsätze vorhanden, die dem Eisenbahnarbeiter im günstigsten Falle unter Einbeziehung eines Teuerungszuschlages einen Stundenlohn von 5.30 M. und im ungünstigsten Falle von 3.20 M. garantieren. Für weibliche Beschäftigte ist der Höchstlohn 3 M., der niedrigste 2 M. Berücksichtigt man, daß der Höchstlohn nur in 17 Großstädten erreicht wird und daß in der Privatindustrie höhere Löhne gezahlt werden, so könnte man billigerweise erwarten, daß die gestellten Forderungen der Eisenbahner eine gerechtere Würdigung als bisher finden. Noch ungünstiger als für die Arbeiter liegen die Einkommensverhältnisse bei den Beamten, wobei wieder zu unterscheiden ist zwischen den planmäßigen und den außerplanmäßigen Beamten. Ein planmäßiger angestellter Schrankenwärter bezieht zurzeit im günstigsten Falle ein Jahreseinkommen von 12.750 M., im ungünstigsten Falle von 7500 M., bei den Diätaren betragen die Sätze 8100 bzw. 5400 M. pro Jahr. Zu diesen Sätzen kommt eine Kinderzulage, die für die Arbeiter pro Kind und Stunde einheitlich 20 J. beträgt. Für die Beamten gelten Monatssätze, die unter Hinzuziehung eines 50prozentigen Teuerungszuschlages bisher 60—75 M. und 90 M. betragen. In den vorstehenden Einkommensbezügen ist durch den letzten Parlamentsbeschluß wenig geändert worden. Bekanntlich erfolgte nur eine Aufbesserung der Kinderzuschläge und zwar abgestuft nach Teuerungsklassen. Danach erhalten künftig die Beamten in der teuersten Klasse pro Kind und Monat je nach dem Lebensalter 100 M., 125 M. und 150 M.; in den Ortsklassen D und E, die die nichtteuren Orte enthalten, 70 M., 87.50 M. und 105 M. Für die nichtplanmäßigen Beamten ist eine Erhöhung des Ortszuschlages von 80 auf 100 Prozent vorgesehen.

Die Arbeiter sind bis jetzt leer ausgegangen. Deshalb wird es auch kaum überraschend haben, als in den letzten Tagen bekannt wurde, daß der Deutsche Eisenbahner-Verband, der 550.000 Arbeiter und Beamte umfaßt, beschloßen hat, den Verhandlungsweg über die Lohn- und Gehaltsforderungen völlig zu erschöpfen, dann aber, wenn das Ergebnis unbefriedigend bleibt, den Streik durchzuführen.

Die Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten- und Angestellten nimmt zurzeit eine Urabstimmung unter ihren Mitgliedern vor. Wie uns die Führer versichern, ist unter allen Umständen mit einer Zweidrittelmehrheit für den Streik zu rechnen. Die Streitachse ist durch den Parlamentsbeschluß nicht beseitigt, sondern im Gegenteil erst recht in bedrohliche Nähe gerückt. Ueber den Zeitpunkt der Streikdurchführung läßt sich zur Stunde nichts sagen. Wenn aber nicht alle Anzeichen trügen, dürfte zu Beginn des neuen Jahres die Schicksalsstunde für die Eisenbahner eintreten.

Die unheilvollen Folgen, die für das deutsche Wirtschaftsleben eintreten können, sind unübersichtbar. Wiederholt ist davon gesprochen worden, daß der Generalstreik der Eisenbahner den endgültigen Zusammenbruch unserer Wirtschaft bedeute. Und in der Tat bedeutet die Stilllegung

Seite
ter
ne
2502
h;
ags
gen
er.
S
ng:
ad
bul
vane
ten.
e 4 Uhr.
haben
7078
Konzert-
und Zieh-
Marinetten
billigst
Aufgeschäft
entrafte 52.
gen.
amt Karls-
Eichstraße für
ut:
mar,
ar,
il,
ber,
ber,
ber 1921.
bis 12 und
päpfer, welche
tachte geistlich
in den Vor-
n. 8870
id. Aufseher
die Annahme
egenstände.
920.
n.
Soller.
fies werden zu
ber 1920,
n.
ngungsteuer
ns.
ibertträgen.
Strobedband
eger.
ien für die
der Rechnung-
jahr 1920/21.
3887
n.
Soller.
unter den mit
vereinbarten
und zwar 5 o 13
u 8 o 13,
ngsgebäude.
3889
n.
Soller.
bis Donnerstag
gähle Kartoffel
er, Ausgabe fünf
alle 14 Tage
3888
Stabl.
g.

des Verkehrs für Deutschland eine folgenschwere Katastrophe. Dessen sind sich die Eisenbahner ohne Unterschied auch völlig bewusst, aber sie können sich auf das Wort berufen, das zu Beginn des Weltkrieges der damalige Reichskanzler Bethmann-Hollweg gesprochen hat. "Nur kennt kein Gebot."

Es bleibt nur der Weg übrig, durch ein verständnisvolles Entgegenkommen der Regierung und des Parlaments die drückendste Notlage für das Personal der Reichsbetriebe zu beseitigen.

Was die Forderungen der Eisenbahner betrifft, so handelt es sich vor allem um die Sicherung eines Existenzminimums für die unteren Gruppen. Deutscher Eisenbahner-Verband und Reichsgewerkschaft verlangen für die Beamten eine Erhöhung der Teuerungszuschläge mit einer Mindestgrenze von 7000 M. Darüber hinaus verlangt die Reichsgewerkschaft eine allgemeine Erhöhung für die beweglichen Teuerungszuschläge um 25 Prozent, während der Deutsche Eisenbahnerverband einen festen Teuerungszuschlag in den Ortsklassen A und B von 3000 M und 7500 M in C und D wünscht.

Für die Arbeiter liegt eine gemeinsame Forderung der Tarifkontrahenten vor, den beweglichen Teuerungszuschlag allgemein um 1 M zu erhöhen. Zugabe, daß die Verwirklichung der vorstehenden Forderungen einige Milliarden Auflosten verursacht; aber es bleibt doch zu erwägen, ob nicht durch die Durchführung des Generalstreiks der Eisenbahner ein ungleich größerer Schaden anrichtet wird. Die Verantwortung für das, was in den nächsten Tagen geschieht, tragen alle, die in der Lage sind, entscheidend in den Konflikt einzugreifen.

Die ebenso eindringlichen wie instruktiven Darlegungen unseres Genossen Kottur, einer der Vertrauensmänner der organisierten Eisenbahner, beleuchten den vollen Ernst der Situation. Soweit auch wir sonst unterrichtet sind, ist tatsächlich mit der Gefahr eines Eisenbahnerstreiks in nicht allzuferner Zeit zu rechnen, wenn es nicht vorher gelingt, durch Verhandlungen ein gegenseitiges Einverständnis zu erreichen. Daß ein Eisenbahnerstreik auch bei anderen Beamtenkategorien die durch die unbefristet vorhandene Notlage gesteigerte Kampfesstimmung bis zum Losbrechen steigern kann, ist immerhin möglich. Was wir schon in unserm Artikel in Nr. 290 vom 13. Dezember "Die Beamten, die Reichsregierung und der Reichstag" gesagt haben, können wir heute nur wiederholen: ... wo irgendwie die finanzielle Möglichkeit sich eröffnet, den Beamten mehr und weiter entgegenzukommen, das rasch zu geschehen hat. Und in dem gleichen Artikel haben wir auch behauptet, daß die Regierung und die bürgerlichen Parteien nicht wenigstens den Weg des sozialdemokratischen Antrags beschritten haben. Soweit wir die furchtbare Finanzlage des Reiches kennen, glauben wir nicht, daß es irgendwie möglich sein wird, alle — wenn auch noch so berechtigten — Forderungen der Beamten zu erfüllen, aber bis an die äußerste Grenze des Entgegenkommens gegen die beim Reich und Staat angestellten Beamten und Arbeiter muß u. G. gegangen werden. Derjenige, der auch nur eine Stunde abgibt, mit dem denkbar weitesten Entgegenkommen an die Staatsangestellten, würde, wie wir am Montag vor acht Tagen schreiben, verbrecherisch handeln. Nun ist der Reichstag bis zum 19. Januar verlagert. Ob die Beamten bis dahin warten werden, oder ob sich schon früher die Einberufung des Reichstags notwendig machen wird, wird die Zukunft lehren. Wie wir das denkbar weiteste Entgegenkommen gegen die Beamten fordern, hoffen wir aber auch von den Eisenbahnern wie von allen Staatsangestellten, daß sie kühl und besonnen bleiben mögen, denn die Wirkungen eines Kampfes können nicht nur für das gesamte Staatswesen, sondern auch für alle Beamten von schwersten und nicht so schnell wieder gutzumachenden Ereignissen begleitet sein.

Die Kommunisten stimmen ab . . . Gegen Sozialrenten — für Kapitalistenzuschuß

Die Kommunisten haben in der letzten Reichstagsitzung vor Weihnachten gegen das Gesetz gestimmt, das die Invaliden-Alters- und Witwenrenten um 40 M, die Waisenrenten um 20 M monatlich erhöht. Sie haben dann gegen das Gesetz über die beschleunigte Eingetragene der Reichsnotabgaben gestimmt, wonach die Besessenen ein Drittel ihrer Vermögenssteuer schon im nächsten Jahre zu bezahlen haben.

Lichtenstein

Romantische Sage von Wilhelm Hauff (Fortsetzung.)

Mit immer höher steigender Teilnahme hatte Georg der Erzählung des Pfeifers von Herdt zugehört; aber als er schloß, als sich das sonst so kühl und lässig blidende Auge mit Tränen füllte, da konnte er sich nicht enthalten, seine Hand zu fassen, sie reißt und herzlich zu drücken. "Es ist wahr," sagte der junge Mann, "du hast Schwere an deinem Landesherren verschuldet, aber du hast auch schrecklich gebüßt, denn du hast den Tod dennoch erlitten; jenes schnelle Büden des Schwertes ist nichts mehr gegen das Gefühl, so viele bekannte Menschen hinrichten und sich den Tod immer näher kommen zu sehen! Und hast du nicht durch ein Leben voll Treue, durch Aufopferung und Wagnis aller Art den Fürsten versöhnt, an den du deine Hand legtest? Wie oft hast du ihm Freiheit, vielleicht das Leben gezeitet! Wahrlich, deine Schuld ist reichlich abgetragen!"

Der arme Mann hatte, nachdem er seine Erzählung geschlossen, wieder mit düsterem Sinn ins Feuer geschaut. Er hätte ganz teilnahmslos geschienen, wenn nicht unter den Worten Georgs nach und nach ein trübes Lächeln auf seinen Zügen erschienen wäre. "Meint Ihr," sagte er, "ich hätte gebüßt und meine Schuld abgetragen? Nein, solche Schulden tilgen sich nicht so bald, und ein gescheitertes Leben muß für den ausgereicht werden, der es uns fristete. Das Unerschleichen in den Bergen, Kundschaft bringen aus Feindes Lager, Mühlen zeigen, wo man sich verbergen kann, das ist keine schwere Sache, Herr, und das allein tut's nicht. Ich weiß, ich werde noch einmal für ihn sterben müssen — und dann, Herr, nehmt Euch meines Weibes und meiner Tochter an."

Eine Träne fiel in seinen Bart; doch als säumte er sich, so weich zu sein, verbarz er sein Gesicht in der Hand und fuhr fort: "Doch dazu bin ich noch gut genug wie jeder Kriegsmann, wie jeder im Wolf, darf ich für ihn sterben; o könnte ich durch meinen Tod seine Schuldigung abändern und ihm das Land wieder verschaffen, noch in dieser Stunde wollte ich sterben!"

Der Herzog erwachte; er richtet sich auf, er sah mit verwunderten Blicken um sich her, als sei er durch einen Zauber in diese Erdhöle versetzt und sähe jetzt erst diese Felsen und Bäume, das spärliche Feuer und die von den Flammen beschienenen Männer, seine Beauftragten; er bedeckte seine Augen mit der Hand, doch

Wäre es nach den Kommunisten gegangen, so wäre also den Armen der Reichstag auf den Tisch gelegt, vorenthalten geblieben. Dagegen hätten die Reichsten der Reichstag das erste Drittel ihrer Vermögenssteuer nicht schon im nächsten Jahre, sondern erst in den nächsten 10—16 Jahren bezahlen müssen!

So handeln die Leute, die die Dreifaltigkeit besitzen, andere "Sozialverräter" und "Söldlinge der Kapitalisten" zu schimpfen. Der Gerechtigkeit wegen sei hinzugefügt, daß diese Abstimmungsweise nicht jener Gemeinheit an Gesinnung entspringen, die man hinter ihr vermuten könnte, sondern bloßer Konfusion. Die Reutchen haben eine Todesangst davor, daß man ihnen nachjagen könnte, sie seien auf parlamentarische Umwege geraten und hätten an irgend etwas positiv mitgearbeitet. Darum müssen sie zu allem Nein sagen.

In der Einzelberatung haben die Kommunisten allerdings für den entscheidenden § 1 des Notopfers gestimmt, sowohl im Ausschuß wie auch im Plenum, ebenso auch für die folgenden Paragraphen. Sie haben also alle zehn Paragraphen des Gesetzes angenommen, das ganze Gesetz aber zum Schluß abgelehnt. Links auf ihre Stühle gelehnt, wie rechts die Deutschenationalen, hielten sie ein Bild, das einige Augenblicke lang den Reichstag mit lauter Fröhlichkeit erfüllte.

Rein staatlicher Holzwucher

Zu den Verhandlungen des Reichswirtschaftsrats

Bei den Verhandlungen des Reichswirtschaftsrats über die sofortige Einberufung eines Ausschusses für Holz- und Forstwirtschaft sprach der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes Tarnow von einem Bucher der Forstverwaltung. Davon kann aber, wie eine Berliner amtliche Verlautbarung sagt, natürlich nicht die Rede sein. Der Staat ist weder mit der Hebung der Preise vorangegangen, noch kann er in der Zukunft der Preise vorangehen, weil das billige Holz des Staates selbstverständlich sofort aufgefaut und auf irgendeine Weise zu höherem Preise weiter veräußert würde. Gerade dadurch würden privaten Unternehmern in der Tat Budgetgewinne auf Kosten der Allgemeinheit in den Schoß geworfen. Die Forstverwaltung befreit nicht, daß die Holzpreise außerordentlich hoch sind. Ihrerseits hat sie aber getan, was möglich war zur Verbilligung großer Mengen Holz für gemeinnützige und Unterstützungszwecke. Beispielsweise stellte sie bisher 400 000 Raummeter zu dem verhältnismäßig billigen Preis von 150 M für Siedlungen zur Verfügung. Außerordentlich große Mengen Brennholz wurden und werden den Gemeinden für die minderbemittelte Bevölkerung zu den billigen Preisen zur Verfügung gestellt. U. a. erhielt die Stadt Berlin große Mengen Brennholz für minderbemittelte zum Preise für 20 M für das Raummeter. Freilich stellte sich der Preis für dieses Holz beim Verkauf an die Verbraucher auf 80 M. Für diese starke Preissteigerung ist die Forstverwaltung aber nicht verantwortlich zu machen.

Deutscher Reichstag

Linderung der Not der Pensionäre und Kleinrentner. — Gleichstellung der Alt- und Neupensionäre. — Ankündigung einer neuen Steuervorlage.

Berlin, 18. Dezember.

Das Haus nimmt in allen drei Lesungen die Gesetzentwürfe an über die Ein- und Ausfuhr von Kriegsgewehr über die Verlängerung des § 105 des Betriebsrätegesetzes (Einausführung der Frist für Erlasse des Finanzgesetzes um einen Monat) und über die Verlängerung der Verjährungsfrist der Seeverjährungsrechte, und tritt dann in die

zweite Beratung des Pensionsergänzungsgesetzes ein. Der Gesetzentwurf will 50 Prozent der Differenz zwischen den Bezügen der Alt- und Neupensionäre gemächern. Der Ausschuß will Alt- und Neupensionäre völlig gleichstellen.

Der Verichterichter Dr. Küss (Dem.) hielt für eine Differenzierung keinen Anlaß. Wenn man sparen will, darf man nicht bei den Pensionären anfangen.

Gef. Rat Stiller: Auch die Regierung hat die Differenzierung nur aus finanziellen Gründen vorgeschlagen, da wir schon eine Pensionslast von mehr als 7 1/2 Milliarden zu tragen haben. Die Gleichstellung bedeutet aber eine Ausgabe von 500 Millionen. Wir bitten aber, diese neue Belastung erst dann in Erwägung zu ziehen, wenn sich unsere Gesamtanlage gebessert hat.

Abg. Koch (Soz.) tritt für die Aufschubentwürfe ein und erklärt sich gegen den Antrag der Unabhängigen, für die Familien der Kriegsteilnehmer eine Milliarde besonders einzustellen, da wir finanziell hierzu nicht in der Lage sind.

Abg. v. Guérard (Str.) schlägt sich dem an und verweist besonders auf die Notlage der Offiziere.

Abg. v. Galtwis (D.-N.) begründet einen deutsch-nationalen Antrag, der die Kampfzulage unwiderruflich weiter gewährt will.

Die Koalitionsparteien beantragen ebenfalls bei Absatz 8 und 4 des § 1 (Anrechnung des Einkommens auf Pensionen) eine Bestimmung einzufügen, wonach bis zum 1. Juni 1921 ein Gesetzentwurf zur Ergänzung des Ruhegehalts- und Versorgungsgesetzes gegen Berücksichtigung des steuerpflichtigen Einkommens bei Berechnung der Pensionenbezüge vorzulegen ist. Gef. Rat Stiller spricht sein Einverständnis zu diesem Antrag aus. Desgleichen Abg. Reidt (B. Vp.).

Abg. Most (D. Vp.) betont, daß seine Partei schon während der Ausschlußberatung für die Streichung der Absätze 2 und 3 eingetreten sei, unterstützt den Antrag Galtwis und erklärt sich gegen die Entwürfe der Linken.

Abg. Sälbmann (U.S.) erklärt, gegen den sozialdemokratischen Antrag zu stimmen, der eine Kürzung der Ruhegehaltsbezüge bei 12 000 M eintreten lassen will, während der Ausschuß beantragt, diese Grenze schon bei 8000 M eintreten zu lassen. Er begründet den unabhängigen Antrag zur Berechtigung von einer Milliarde Mark für die Familien der Kriegsteilnehmer.

Nachdem Abg. Küss (Dem.) sich für den Antrag ausgesprochen hatte, erklärt

Reichsfinanzminister Dr. Birtz, auch ihm sei der Antrag sympathisch, doch sei es unmöglich, ihn in das Gesetz aufzunehmen; er bedürfe vielmehr einer Prüfung. Von einer eigentlichen Kampfzulage könne keine Rede sein. Die Bewilligungsfähigkeit des Staates, das mehr als die 900 Millionen noch 500 Millionen hinausgeben habe, erzeuge in ihm die Hoffnung, daß das Haus auch der neuen Steuervorlage zustimmen werde.

In der Abstimmung wird die Ausschlußfassung angenommen; die Entwürfe werden abgelehnt. Der Rest des Gesetzes wird in der Ausschlußfassung angenommen, ebenso in dritter Lesung.

Es folgt die zweite Beratung des Antrages sämtlicher Parteien, mit Ausnahme der äußersten Linken, zur Änderung der Not unter den kleinen Rentnern Maßnahmen zu treffen. Anknüpfungspunkten, Witwen und Waisen soll eine Beihilfe gewährt werden. Den Personen, die Renten nach dem Gesetz für Angefallene beziehen, soll eine außerordentliche Beihilfe gewährt werden, um der Notlage der Landesversicherungsanstalten abzuwehren. Die Maßnahme soll ab 1. Juni 1921 in Kraft treten.

Die Unabhängigen beantragen demgegenüber, daß Rentenempfänger erstens sofort eine einmalige Beihilfe erhalten sollen, zweitens eine laufende Beihilfe erhalten sollen. Allein für diese Beihilfen bedürfe es einer Milliarde zur Verfügung zu stellen. Die laufende Beihilfe verteilt sich auf Witwen und Altersrentner, die 50 M monatlich, auch Witwen und Kinder, die 50 M monatlich, und auf Waisen, die 20 M monatlich erhalten sollen.

Abg. Budta (Kontr.) begrüßt den unabhängigen Antrag.

Abg. Waldenbauer (D. Vp.) lehnt mit Rücksicht auf die Geschäftslage jede Beihilfe ab.

Abg. Birk (U.S.): Wenn die Landesversicherungsanstalten heute kein Geld mehr haben, so liegt das daran, daß sie in Verfolg der Helfertischen Politik Kriegsanleihe bis zu 20 Milliarden kaufen mußten.

Der unabhängige Antrag wird abgelehnt, der Hauptantrag in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über den Ersatz von Verordnungen für die Zwecke der Uebergangswirtschaft. Da der Entwurf nach Auffassung des Reichstages eine Verfassungsänderung bedeutet, so ist zu seiner Annahme eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Abg. Reuther (D. Vp.) begründet den Antrag der Koalitionsparteien, daß die Beschlüsse im 2. Ausschuß jedenfalls der Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder bedürfen.

Nach kurzer Aussprache wird dieser Antrag angenommen, desgleichen das ganze Gesetz. Gegen die sofortige Vornahme der dritten Lesung bestehen Bedenken.

Es folgt die gemeinsame Beratung des Gesetzentwurfes Trimborn-Strickmann-Schiffer über die beschleunigte Veranlagung und Erhebung des Reichsnotopfers und des Entwurfes eines Gesetzes Müller (Fulda), Vurlage-Schulz (Bromberg)-Dr. Weder über die beschleunigte Veranlagung zum Reichsnotopfer. Hierzu liegen vor ein Antrag Weder-Nieder zum § 1 und ein Antrag Helfertich, der auf eine Verlängerung der Zahlungsfrist abzielt.

Abg. Dr. Helfertich (D.-N.): Unser Entwurf, mit dem wir nur solange zurückgehalten haben, die Regierung den Vortritt zu lassen, würde das Doppelte dieser Vorlage einbringen. Andererseits werden die Kleinrentner durch die Vorlage sehr gefährdet. Der Antrag Bergt bringt gegenüber der Vorlage wesentliche Verbesserungen.

Reichsfinanzminister Dr. Birtz empfiehlt die Annahme der Vorlage der Regierungsparteien. Reichsbankdirektor Habenstein habe für die Zwangsanleihe gesprochen. Aber keine Partei habe

er sah wieder auf, als prüfte er, ob diese Erscheinungen blieben: — sie blieben und schmerzlich sah er bald den einen, bald den andern an. "Ich habe heute ein Land verloren," sprach er, "es hat mich nicht so gekümmert als dieses Erwachen, denn ich habe es im Traume wieder und noch viel schöner belesen."

"Seid nicht ungerade," Herr," sagte Marx Stumpf von Schornberg, indem er sich aus seiner gebückten Stellung aufrichtete; "seid nicht ungerade gegen diese Wohltat der Natur. Wie unglücklich wäret Ihr, wenn Ihr auch im Schummer, der Eure Kräfte für das schwere Anglied stärken soll, Euren Verlust noch fühlte, auch da noch so düster darüber gebrütet hättet. Ihr seid finstler und beschloßen eingeschümmert, jetzt sind Eure Augen freudlicher und milder; verdanken wir dies nicht Eurem Traum?"

"So hätte ich mögen nie erwachen; o daß ich Jahrhunderte fortgeträumt hätte und dann erwacht wäre; es war so schön, so tröstlich, was ich träumte!"

Er stützte die Stirne in die Hand und schien schmerzlich bewegt. Der alte Herr von Lichtenstein war von den Stimmen der Sprechenden erweckt worden; er kannte Merich und wußte, daß man ihn nicht über seinen schmerzlichen Verlust drücken dürfe; er richtete ihn daher näher und sprach: "Nun, und wollt Ihr uns nicht auch sagen, was Ihr geträumt habt? Vielleicht liegt auch für uns ein Trost darin, denn wisst, ich glaube an Träume, wenn sie in einer wichtigen, verhängnisvollen Stunde in unsere Seele eingehen, und ich glaube, sie kommen von oben, um uns zu trösten."

Der Herzog schwieg noch eine Weile, er schien über die Worte des Ritters nachzusinnen; dann fing er an zu erzählen: "Mein Schwager, Wilhelm von Bayern, hat mir heute gar Probe seiner Freundschaft die Burg meiner Ähnen niedergebrannt. Dort haufen seit unendlichen Zeiten die Württemberger, und das Land, was wir besitzen, trägt von diesem Schloß den Namen. Es scheint, als habe er damit uns eine Todesfadel angehängt und mit diesen Flammen unser Wappen und Gedächtnis und selbst den Namen Württemberg vertilgen wollen. Und sollt kamt er recht haben; denn mein einziges Schloß, Heilbronn, ist in fremden Händen, mein Bruder Georg hat noch keine Kinder, und ich — bin geschlagen, verjagt; sie haben wiederum mein Land besetzt, und wo ist Hoffnung, daß ich es wieder einmal erlange?" — "Wie ich nun so ganz verlassen und elend hier am Feuer sitze, wie ich nachdenke über mein kurzes Glück, und wie ich die leicht mein Anglied selbst verschuldet habe; wie ich bedachte, auf welche schwachen Stützen meine Hoffnung beruht, und wie selbst der Name Württemberg auslöschen könnte, gleich den letzten Jun-

ten in der Asche meiner Stammburg, da übermannte mich der Jommer, und bitterer als je fühlte ich die Schläge meines Schicksals. Unter diesen Gedanken entfiel ich. Doch wie im Wachen meine Seele mit Sehnsucht und Trauer auf den Höhen des Notenberges und um die tauschenden Trimmer von Württemberg schwebte, so erging sich mein Geist auch im Traume dort."

Merich hielt inne; es war, als fülle ein wild seine Seele das zu schön, zu groß sei, um es mit sterblichen Lippen zu beschreiben; ein milder Friede lag auf den Zügen des anglidischen Fürsten, und ein wunderbarer Glanz drang aus seinen aufwärts gerichteten Augen. Die Männer um ihn her blickten ihn staunend an; sie hingen an seinen Lippen und lauschten auf seine Rede, die ihnen so Wichtiges zu verkünden schien.

"Hört weiter," fuhr er fort; "ich sah herab auf das schöne Redaral. Der Fluß zog wie sonst in schönen blauen Bogen hin, aber das Tal und die Berge schienen mir lieblicher, glänzender, die Wälder auf den Höhen waren verschwunden, die Wiesen waren nicht mehr, sondern von Berg zu Berg zog sich ein großer Garten voll grüner Weiden, und im Tal sah man Obstbäume und schöne blühende Gärten ohne Zahl. Ich stand entzückt und schaute und schaute immer wieder hin, denn die Sonne erschien freundlicher, der Himmel blauer und reiner, das Grün der Weiden und Bäume glänzender als jezt. Und als ich mein trunkenes Auge erhob und hinüberschaute über den Redar, da gewahrte ich auf einem Hügel am Fluß ein freundliches Schloß, das im Glanz der Morgenröte sich spiegelte; es lag so friedlich da, daß sein Anblick meiner Seele wohl tat, denn keine Gräben und hohe Brücke erinnerte an den Zwist der Völker und das unsichere, wechselnde Geschick der Sterblichen."

Und als ich verpundert über den tiefen Frieden des Tales und jenes unbewachten Schloßes mich umfah, waren auch die Mauern meiner Burg verschwunden; doch hier wenigstens lag mir der Traum nicht, denn ich sah ja gehen die Zinnen stürzen und den Wurturm sinken, von welchem sonst mein Raimier in den Lüften wehte. Kein Stein von Württemberg war mehr zu sehen, aber ein Tempel stand dort mit Säulen und Stuppel, wie man sie in Rom und Griechenland findet. Ich dachte nach, wie dies alles auf einmal so habe kommen können, da gewahrte ich Männer in fremder Kleidung, die nicht weit von mir standen und auf das Land hinabschauten.

(Fortsetzung folgt.)

nationalen... gewahren... ebenfalls bei... am 11. Juni... verpflichten... zulegen ist... während... 2 und 3... erklärt sich... ab dem o... arzung der... während... eintreten... auf Verle... ausgepro... der Antrag... aufnehme... eigentl... Benützi... tionen noch... fassung... gant. Der... genommen... sam t... zuten, zur... ituten und... sionen, die... ne außer... der Kan... soll ab... ber, daß... schäftsbe... Allein... zur Ver... auf An... monatlich... Antrags... f die Ge... Sanftalten... in Ver... zu 20... t, der... enom... über den... wirtschaft... es eine... An... der Koali... falls der... in den Mit... n o m... ige Vor... entwurfes... notofers... Durlage... r a n... Antrag... auf eine... dem wir... en Vor... bringen... sehr ge... ge we... sime der... denkein... tei habe... ch der... Schid... Wachen... des No... emberg... e Gele... zu be... schiedlich... stwärts... n stau... f seine... fähne... Wogen... angen... Wiesen... großer... und... schaute... reund... und... Auge... ch auf... Glanz... h sein... d hohe... Zug... wech... Tales... die... oftens... innen... n Pa... war... und... Jg... innen... weit

die Konsequenz daraus gezogen und eine Zwangsanleihe gewünscht. Darum lag für die Regierung keine Veranlassung vor, einen Entwurf über eine Zwangsanleihe einzubringen. Die Regierung bestreite, wie schon Staatssekretär Nölde gesagt habe, auf das Annahme des § 1. Der Minister würdigt das Entgegenkommen, das die Parteien trotz ihrer schweren Bedenken der Regierung bewiesen, und dankt ihnen dafür. Dem Antrage wider werde er in seinem zweiten Teile, der eine Vergünstigung bei der Veranlagung vorsehe, zustimmen. Der erste Teil dagegen gehöre nicht in ein Gesetz. Er werde aber die Landesfinanzämter im Sinne dieses Wunsches anweisen. Eine Neuordnung der Grundsteuern, die sehr eingehend sein müßte, habe mit der Annahme des § 1 nichts zu tun. Den Antrag Bekker-Hessen bitte ich abzulehnen, wonach der Steuerpflichtige die Vergünstigung (vorgesehene Teilzahlung) schon im Veranlagungsverfahren in Anspruch nehmen darf, und wonach die Veranlagung auch eintritt, wenn nicht bloß die Fortführung, sondern auch die etwaige Weiterentwicklung des Betriebs bereits Schöpfung des Kapitals erfordert. Wir brauchen ein Gesetz, das kein Gut steuer verkauft werden darf, als es zur Steuer veranlagt ist. Das wird allen Schwierigkeiten ein Ende machen. Wenn aber ein Landwirt heute sagen kann: „Ich verkaufe zwei Kühe und das Reichsnotopfer ist bezahlt!“ dann kann es mit der Not der Landwirte nicht so weit her sein. Wir werden für die Vorlage der Koalitionsparteien stimmen.

Abg. Senke (U.S.): Herr Helfferich gibt unser schärfster Kampf. Zweifellos werden die Helfferische sich bemühen, Mittel zu finden, um das Gesetz zu verhindern. Als Redner im weitesten Verlauf von Leichtigkeit Helfferich spricht, erhält er vom Vizepräsidenten Dietrich eine Rüge.

Abg. Dr. Westhe (D.N.) stellt fest, daß die Landwirte keinerlei Wünsche haben, die sie außerhalb des Rahmens der gewöhnlichen Gesetzgebung befriedigt zu sehen wünschen.

Minister Dr. Wirth betont, daß gerade aus den landwirtschaftlichen Krisen Wünsche an die Regierung herantreten seien, an der Verwertung des Grundbesitzes festzuhalten, wie sie sich bewährt habe. Alle anderen Parteien hätten sich ebenfalls gegen die Vorlage des Abg. Helfferich ausgesprochen.

Abg. Dr. Ritter (D.N.) tritt nochmals für die in dem Antrag Bekker geforderte Vergünstigung bei der Veranlagung ein. Für eine Zwangsanleihe waren wir feinerzeit in Verbindung mit dem Notopfer, jetzt sind wir dagegen.

Abg. Dr. Westhe (D.N.): Am Ausschuss waren alle Parteien ernsthaft bemüht, den Entwurf zu verbessern. Wir haben das Notopfer von Anfang an bekämpft, natürlich auch die vordringende Verschärfung. Bekker begründet seine Anträge, die der heftigsten Kritik hülfe leisten.

Abg. Mund (Dem.): Wir haben eingesehen: es muß Geld in die Kasse! Und darum haben wir uns auf die Vorlage eingestellt.

Abg. Dr. Braun (Soz.): Wir haben an sich nichts gegen die Zwangsanleihe. Aber Zwangsanleihe heißt Bankrott anfragen.

Damit schließt die Generaldebatte. Es folgt die Einzelberatung.

Abg. Hüffel (U.S.) wendet sich gegen die Anträge des Abg. Helfferich zu § 1, die gegen die Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt werden.

Abg. Dr. Bekker (D.N.) zieht mit Rücksicht auf die entgegenkommende Erklärung der Regierung seinen Antrag zu § 1 zurück. Der § 1 wird sodann angenommen, desgleichen der Rest des Gesetzes unter Ablehnung der weiteren Anträge Helfferichs.

Die Genehmigung des Gesetzes erfolgt hierauf in dritter Lesung.

Abg. Dr. Reich (Vahr. Sp.) beantragt die Abfertigung des Antrages Aberhold auf Aufhebung der von der bayerischen Regierung ergriffenen Ausnahmemaßnahmen und der Interpellation Aberhold über die Aufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland.

Die Abgg. Müller-Franken (Soz.) und Lebebour (U.S.) protestieren.

Abg. Reich (Vahr. Sp.) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Das Büro des Reichstags schließt sich dem an. Angewiesen hat der Abg. Lebebour namentliche Zustimmung über die Ablehnung der beiden Gegenstände von der Tagesordnung beantragt. Durch Namensaufruf wird festgestellt, daß 117 Abgeordnete anwesend sind. Das Haus ist somit beschlußfähig.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 19. Januar 1921, nachmittags 2 Uhr. Tagesordnung: Kleinere Vorlagen, Kriegsschadenersatz usw., die heute abgelehnten Anträge und Interpellationen der Unabhängigen und andere Interpellationen. Schluß 1/2 Uhr.

Badische Politik

Änderung der Feuerungszuschläge für die bad. Beamten.

Der Haushaltsausschuß des Bad. Landtags befaßte sich mit einer Vorlage des Finanzministeriums, die dahin ging, die badischen Beamten ebenfalls in den Genuß der Vorteile zu setzen, die den Reichsbeamten in den letzten Tagen durch die Erhöhung der Kinderzuschläge usw. bewilligt worden sind. Der Haushaltsausschuß stimmte einstimmig der Vorlage des Finanzministeriums zu. Danach sind die Feuerungszuschläge mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 bis auf weiteres in folgender Höhe festgesetzt: 1. Für den Grundgehalt und Ortszuschlag der planmäßigen Beamten, sowie für den Grundgehalt der außerplanmäßigen Beamten 50 Prozent. 2. Für die Kinderzuschläge der planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten in den Orten der Ortsklassen A (Mannheim) auf 150 Prozent, der Ortsklasse B auf 125 Proz., der Ortsklasse C auf 100 Proz., der Ortsklasse D und E auf 75 Prozent. Die außerplanmäßigen Beamten, die nur 80 Prozent des vollen Ortszuschlags beziehen, erhalten als weiteren Feuerungszuschlag die übrigen 20 Prozent des Ortszuschlags und auch hierzu den allgemeinen Feuerungszuschlag von 50 Prozent. — Zur teilweisen Deckung des für ein halbes Jahr auf 4 Millionen berechneten Mehrbedarfes wurde nach dem Vorschlag des Finanzministeriums die Beförderungsteuer mit Wirkung vom 1. April 1920 ab auf 50 % von 100 M. Waldsteuerkapital festgesetzt gegenüber bisher 10 % und weiterhin der Steuerloos für die Besteuerung der Wandererwerbebetriebe wesentlich erhöht.

Wünsche der Schnapsbrenner

In Bälil fand eine Versammlung der Kleinbrenner statt, an der sich 1500 Mann beteiligten und die sich mit den gegen die Kleinbrenner gerichteten Vorwürfen beschäftigte, daß sie für die Volkswirtschaft wichtige Stoffe verarbeiteten. In einer dem badischen Finanzministerium übersandten Entschließung wird darauf hingewiesen, daß diese Angriffe die Mehrheit der Kleinbrenner zu unrecht trifft. Das badische Finanzministerium wird aufgefordert, beim Monopolamt in Berlin Schritte zu tun, um die durch das Veranlagungsmonopol vom Jahre 1918 den Kleinbrennern Süddeutschlands zugefügten Nachteile zu wahren. Man erklärte sich auch mit den von der Regierung angeordneten Nachkontrollen einverstanden und legte Wert auf die Feststellung, daß die Mehrheit der Kleinbrenner durchaus teell ihrem Gewerbe nachgehen.

Ueber diese Versammlung, worüber uns obenstehende Mitteilung von Wolff-Büro zugeht, schreibt uns unser Würtler Mitarbeiter:

Das Eigenartige an der ganzen Veranstaltung war, daß an der Versammlung auch 2 katholische Geistliche teilnahmen. Der Einberufer der Versammlung war Herr Dr. Seher in Zalsbach, jener Herr, der den Reigen des „Vollstreu“ von seiner früheren Tätigkeit in Württemberg her noch gut bekannt sein dürfte. Während der Parteei des Zentrums, Dr. Schofer, allüberall, wo er in letzter Zeit spricht, die Bauern immer und immer wieder ermahnen muß: Wir brauchen Brot und Kartoffeln und keinen Schnaps; während Herr Dr. Schofer an anderer Stelle ausruft: Wir müssen uns auf den Boden des „Vater Unser“ stellen, das da sagt: Und gib uns heute unser tägliches Brot, der Landwirt darf nichts bauen, was zwar Geld, aber kein Brot bringt, geben sich gewisse Geistliche alle Mühe, die Bauern und Schnapsbrenner im entgegengelegten Sinne anzuklären. Man dürfte es bis jetzt noch nicht erlebt haben, daß sich katholische Geistliche zum Fürsprecher einer Schnapsbrenner-Vereinigung hergegeben haben! Das Gegenstück sollte u. U. der Fall sein, zumal die katholische Kirche von jeder dem Alkoholismus energisch bekämpft hat und heute noch bekämpft, und sogar meines Wissens im vergangenen Jahre von allen Kanzeln ein Diktatums über den Erbsünde des Verlebens worden ist, in dem der übermäßige Alkoholgenuß mit all seinen Schrecken und üblen Folgen verdammt und gegetelt wurde. Und nun vergleihe man die Schnapsbrenner-Versammlung mit den katholischen Geistlichen an der Spitze des Fürsprechers! Wäre ich mit unerer Lebensmittelerzeugung nicht so schlecht daran, wenn auch die Geistlichen überall ohne Ausnahme ihre Pflicht erfüllen und die Bauern auf das erste und größte Gebot der christlichen Nächstenliebe hinweisen würden.

Die Notare und der Grundstücksverkehr

Wie jüngst bei der Beratung über die Verlängerung des sogenannten Sperrgesetzes im Verfassungsausschuß kam am vorigen Samstag im Haushaltsausschuß des Landtags bei der Position Notariats- und Grundbuchwesen das seltsame Verhalten einer Anzahl Notare in der Frage der Auslegung des genannten Gesetzes zur Sprache. Von einem Mitgliede der sozialdemokratischen Fraktion wurde die Justizverwaltung gefragt, was sie zu tun gedenke, wenn ein Notar, wie es geheißen ist, sogar eine Denkschrift über die beste Art, das Gesetz zu umgehen, herausgibt. Es wurde auch auf den Artikel des Rechtsanwalts Dr. Reich in der „Bad. Post“ abgehoben, in welchem als Tatsache bezeichnet wird, daß verschiedene Notare sich öffentlich gegen die Verlängerung des Sperrgesetzes, wie es der Landtag am nächsten Dienstag beschließen soll, ausgesprochen haben.

Die Justizverwaltung wies auf die Schwierigkeiten hin, welche ein Vorgehen gegen die Notare verursache. Demgegenüber erklärte ein Vertreter des Zentrums und der Demokraten, daß das Notariatsgesetz und die allgemeinen Pflichten der Staatsbeamten sehr wohl es erlaubten, gegen solche Notare vorzugehen, die das Gesetz über den Grundstücksverkehr sabotieren. Eine allgemeine diesbezügliche Anweisung sei am Platze.

Die Sozialdemokratie bemerkte nochmals, daß sie unbedingt am Sperrgesetz festhalte, weil nur dadurch der Grundstücksverkehr und letzten Endes auch die Erhöhung der Steuern im Angemessenen verhütet werden könnten. Schließlich versprach das Justizministerium, in einem Erlaß an die Landgerichtspräsidenten die Notare auf die Unzulässigkeit der Sabotage gegen das Gesetz über den Grundstücksverkehr aufmerksam zu machen. — Auch diese Ansprache hat gezeigt, wie notwendig es ist, auf gefeßlichem Wege allen Versuchen entgegenzutreten, die zur Verwässerung einzelner — in diesem Falle der Verkäufer von Grundstücken zum Schaden der Allgemeinheit immer wieder unternommen werden.

Jugendgerichtshelfer

aus dem Kreise der Lehrer und mittleren Justizbeamten sollen in Zukunft vom Staate angestellt werden, um die großen sittlichen und moralischen Schäden zu heilen, die der Krieg dem deutschen Volke geschlagen hat. Für das Amtsgericht Karlsruhe wurde im 2. Nachtrag vom Justizministerium eine Jugendgerichtshelferin zur Mitwirkung beim Vollzug von Jugendfürsorgemaßnahmen angefordert. Der Haushaltsausschuß war einstimmig und gerne bereit, die Ausgaben dafür zu bemilligen; er verlangte nur, daß dazu passende Personen ausgewählt werden, die sich mit den sozialen Verhältnissen jener, welche sie heilern und erziehen sollen, leicht vertraut machen.

In der Mitgliederversammlung des Vereins zum Betrieb der Heil- und Pflegeanstalt für Epileptische wurde mitgeteilt, daß sich die Anstalt in finanzieller Beziehung in Folge der stets zunehmenden Leuerung in einer kritischen Lage befindet. Eine Erhöhung der Pflegegelder ist ausgeschlossen. Um den Betrieb weiter aufrecht erhalten zu können, werden nun auf freiwillige Gaben und Spenden, auf eine tatkräftigere Unterstützung des Staates, ein Anstaltsgebäude kann infolge Rückganges der Zahl der Pflegelinge geräumt werden und dem Verein Jugendhilfe in Karlsruhe überlassen, der darin ein Erholungsheim für schwächliche und kränkelnde Schulkinder der Stadt Karlsruhe einrichten will.

Aus der Partei

Agitationsbezirk Karlsruhe

Gemeindevertreterkonferenz.

finden am Sonntag, den 9. Januar in allen Amtsbezirken des Kreises Karlsruhe statt, wobei die neue Gemeindeordnung und die Neugestaltung der Kreisverwaltung behandelt wird. Die Gemeindevertreter, sowie die der Partei angehörenden Kreisabgeordneten und Bezirksräte seien heute schon darauf aufmerksam gemacht. Näheres wird noch mitgeteilt.

Das Parteisekretariat: Oskar Trinius.

Praxis! Die „Aloisische Zeitung“ in Kitz behauptet, daß als Ergebnis der Werbewoche des Bezirkes „Obere Rheinprovinz“ bisher 3000 neue Parteimitglieder und 2000 neue Leser für die Parteipresse gezählt wurden. — Im Bezirk Oden-Wald wurde die „Noten Woche“ mit einem Mitgliederzuwachs von rund 4000 und dem Gewinn von mehr als 1000 Lesern abgeschlossen.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Badisches Landesstheater

Zum ersten Mal: „Die toten Augen“.

Von G. v. Evers und Marc Genz; Musik von G. v. Albert.

„Wahrscheinlich“ nennen die beiden Autoren ihr Madwert. Die Frage, ob es das ist, sei hier nicht diskutiert. Ganzwichtig bleibt: wie verstehen darunter etwas anderes. Eine Darstellung ist schon vornehmlich bedenklich: Hans Heinz Evers zeichnet als einer der Lyriker. Er ist zweifellos ein Dichter, — aber auch noch etwas anderes, wenn man nicht seine „Miraune“ selber, sondern deren Leser betrachtet. Verdächtig also, wenn sich ein Poet sich eines Stoffes annimmt, dessen Sphäre heilige Erde ist. Wir wollen hier nicht lange erzählen, zumal unsere symbolistischen Gänge für das Verständnis des „Vorspiels“ noch nicht genug entwickelt sind. Was bedeutet da z. B. das verlorene gegangene Kamm? Etwa das „Kamm des Lebens“ (artos tes zoes) des Johannesevangeliums? Nein, das ist sicher noch viel symbolischer gemeint, und angeblich, daß dem Dichter der „Dichter“ nicht leicht nachzuspüren ist, halten wir das Kamm für ein Symbol — Eugeen v. Alberts selber; schon weil er sich einen so launigen Namen gewählt hat, und weil das Kamm durchgegangen ist. Der alte v. Albert ist sich nämlich auch selber durchgegangen, oder vielmehr sein mystisch-idealistisches Temperament, das sich aus der Villa am Lago Maggiore unter die fittliche Meißner Kucinis geflüchtet hat, und gelendet von der polierten Italiendität, die vergerete mystikalische Gestalt des Vorbildes nicht erkannte; als vergerete schließlich der Seland wirklicher Musikalität den Star nach, das hielt es den alten v. Albert für den eigentlichen Meister, bis dieser zuletzt von dem „richtigen“ erwidert wurde, — womit wir nun doch den „Anhalt“ der „toten Augen“ referierten und nur den Schluß weglassen; der ist aber so unwahrscheinlich, daß ihn seine Wiedergabe bei allem guten Willen nicht wahrscheinlich gemacht hätte.

Bestmal, hundertmal besser als das Werk war die Aufführung, mit deren Einstudierung Hans Lange zum erstenmal wirklich seine Fähigkeiten als Opernregisseur entfalten konnte. Auf der anstehenden Bühne leitete er in der Bewegung der Einzeldarsteller und vor allem des ausgezeichneten Chores ganz eigenartiges und neues, das auf den Zuschauer einen ständigen Eindruck ausübte. Alfred Lorenz hatte die musikalische Färbung mit großer Liebe besorgt und aus dem Werk gemacht, was zu machen war. Ganz ausgezeichnet war Edith Saji in der Hauptrolle. Die äußerst lebhafte Partie durchführte sie mit der ganze Kraft ihres besetzten Spiels und Gesanges. In wirklchem Gegensatz zu ihr stand ihre Schlobin, von Lotte Lange-Wate vorzüglich sowohl in der Darstellung wie vor-

allem auch gesunglich gegeben. Gertrud Leibiger's erhellende Mitnahme gab der Maria von Magdala tiefes Leben. Aus den weiteren Nebenfiguren trat besonders wieder die langvolle Stimme von Käthe Gell hervor. Marg Würtner gab den Accusis pathend und edel; was der Sänger an Stimme bot, war, besonders in der Södenlage, erianlich. Josef Schäffel als Galba gab eine sehr schneidige Figur ab. Der Arzt Hans Bussard's gab sich in seiner Charakteristik. Aus dem Vorspiel gehören Franz Schwandt und Karl Kamann, abgesehen des Symbolischen, mit besonderer Ueberzeugung genannt. — Die glücklich und plastisch arbeitende Regie war trefflich unterstützt durch unsere Bühnenbildnerinnen Emil Burkard, dessen Bildkraft sich hier im fernsten Osten wieder ebenso glänzend bewies, wie in den anderen Weltteilen, die wir bislang von ihm sahen; der bildschulpulste Künstler hat wieder eine vorzügliche Arbeit geleistet, von dem mit so ungenügenden Mitteln arbeitenden Besetzungsgesellschaft Engelbert Gohl ebenfalls trefflich assistiert. — Darsteller und Bühnen wurden mit Recht stürmisch gefeiert.

Zu Beethoven's 150. Geburtstag gab man am Freitag „Alois“, diesmal von Alfred Lorenz etwas sehr, fast allzu nach an Wagner herangerührt. Die Besetzung fast durchweg die gleiche; Gottfried Hagedorn sang den Minister mit weitaus besserem Gelingen als sein unmittelbarer Vorgänger. Auf großer künstlerischer Höhe stand wieder die Leonore von Hedv Brägelmann. Immer mehr tritt der Wert dieser hervorragenden Sängerin ins Bewußtsein. Besonders die erste Szene des zweiten Aktes ließ die wunderbare Reinlichkeit, mit der sie die Partie behandelt, hervortreten. — Lotte Lange-Wate und Hans Bussard gaben wieder ein entzückendes Märchen. Nach patriarchalischer wie früher war Karl Gieseler als Accus. Die schwermütige Florentinaria steht bei Josef Schäffel noch in Diskussion. Wenn er diesmal etwas allzu heftig kam und den halb Verschwundenen zurückdrückte, so gab es wenigstens wieder keine Bedenken zu hören; das Verschwundenen kommt wieder. Mit dem Ausdruck des Befalls gegenüber Chor und Orchester kann von dieser Aufführung Abschied genommen werden.

Zum ersten Male: „Der kleine Muck“ Weihnachtsmärchen von Erfa Grube-Löcher.

Der kleine Muck erfüllt so ziemlich alle Forderungen, die unsere Jugend an ein edles und rechtes Weihnachtsstück stellen kann. Er bringt eine leichtschöne, orientalische farbenreiche Handlung und Reizpunkt und Ogeren, Rüstl und Lanz, mit verwunderlicher Prinzessin und ihrem Verehrer, mit prächtigen Dekorationen und Stoffen und mit gefälliger Musik. Die Ver-

fasserin hat es verstanden, den Märchenstoff Hauffs mit dramatischem Leben zu füllen und anziehender zu machen durch geschickte Zutaten und Umformungen, die aber nicht gewaltsam in die Vorlage hineingreifen. Sie hat außerdem das Ganze in eine artige Rahmenhaltung gepackt, die es ihr ermöglichte, den unerlässlichen Weihnachtszauber mit Lichterbaum und Engeln unterzubringen, ohne das wir uns einmal ein Weihnachtsmärchen nicht denken können. Karl Krüger hat dazu eine reizende und charakteristische Musik geschrieben, die sich durch soliden und feinen Ton auszeichnet. Wesentlich zum Erfolg trugen die prächtigen, von Emil Burkard mit Geschmack und bewundernswürdigem Ideenreichtum entworfenen Bühnenbilder, die, wie die Kostüme, die Margarete Schellenberg mit farbenreichem Kunstverstand gewollt zusammenstimmte. Die Vorstellung litt noch unter gewissen Schwankungen, doch darf dank dem Elfer der geschickten Darsteller ein voller Erfolg gebucht werden. Die Künstler und die Verfasserin wurden von den zahlreich erschienenen kleinen und über erwaunten Begleitung mehrfach gerufen. Unserer Arbeiterjugend sei der Besuch warm empfohlen.

Karlsruher Konzertwoche

Der Gedächtnistag zum 150. Geburtstag unseres größten Meisters wurde von der Volksbühne mit einem Beethovenabend begangen. Das Konzert wurde mit einem Marsch aus den „Ruinen von Athen“ eröffnet, dessen Wiedergabe durch unser Theaterorchester feierliche und ernste Stimmung erweckte. In Fortsetzung des Programms folgte die für Solovioline mit Orchesterbegleitung komponierte Romanze in F-Dur, welche von Herrn Emil Weimershaus mit solider Technik und feinem Empfinden gespielt wurde. Den Glanzpunkt dieses Weibendens bildete die D-Dur-Sinfonie Nr. 2, der eine gar prächtige Wiedergabe unter der routinierten Leitung von Hofmeister Alfred Lorenz zuteil wurde. Als Solistin war Frau Edith Saji gewonnen, die aber einer merkwürdigen Indisposition wegen das vorgesehene Programm umgastalten mußte. Als Ersatz für eine große Konzertartie sang sie mit tiefem Sinn und verständnisvoller Auffassung und edler Gestaltungsgebung folgende Lieder: „Die Ehre Gottes in der Natur“ von Gellert, die beiden Lieder aus Goethes „Egmont“ — „Freudvoll und leidvoll“ und „Die Trommel gerührt“. Eine Entlage gab Herr Hans Bunn, indem er die Annahenden mit der Gedächtnis des Dichters Franz Grillparzer bekannt machte, die dieser Ludwig van Beethoven, dem Reinen, dem Starken, bei der Enthüllung des einfachen Gedankens hielt wenige Monate nach seinem Tode. Zur Erhebung mit der Ouvertüre zu Goethes „Egmont“ beschlossenen Feier trugen diese Poetenworte viel bei, und so sind auch fürderhin solche die Vortragsfolge unterbrechende Worte, die aber so leichtgefällt als möglich sein müssen, willkommen; denn die auf manchen Stühlen liegenden wohlgemeinten Bettel „Zur Einfüh-

Karlsruher Voranschlags-Beratungen

Das Christkindchen des Oberbürgermeisters

In Anwesenheit von 94 Mitgliedern nahmen heute nachmittags die Beratungen des städtischen Voranschlags ihren Anfang. Die Hoffnung, daß die Aussprache in zwei Tagen erledigt sein werde, dürfte sich nach dem heutigen Anfang nicht erfüllen. Es sprachen der Oberbürgermeister, der stellvertretende Obmann des Stadteordnetenverbandes, Stadtrat Rathweiler und der Redner des Zentrums, Stv. Sturn und der Demokrat Stv. Pfeif. Am zweiten Tage wird als erster Redner unser Genosse Stv. Krull als Sprecher der Sozialdemokraten zu Wort kommen, dem der Redner der Deutschen, Stv. Dr. Jiegler, folgen wird und als letzter Stv. Kruse, derzeitiger Kommunist. Dann erst wird mit der Einzelberatung begonnen werden. Vor Mittwoch abend dürfte die Beratung kaum zu Ende kommen.

Schwarz und düster, trübe und trübsalig, das sind die Leitworte, die man der großen einleitenden Rede des Oberbürgermeisters Dr. Finter zum Voranschlag voranziehen kann. Oberbürgermeister, Bürgermeister überhaupt, malen ja immer schwarz, sie haben schon vor dem Kriege diesem schönen Brauche geschuldet. Am so schöner war es dann, wenn hinten nach, wenn das Jahr herum war, aus dem Schwarz ein schönes Weiß geworden war. Wir haben keine große Hoffnung, daß aus dem diesmaligen Schwarz des Herrn Oberbürgermeisters sich ein Weiß entwickeln wird; wenn es gut geht, wird das Schwarze sich zu einem dunklen Grau auflösen. Das Bild, das Herr Dr. Finter da gemalt hatte, war zu echt, zu wahr, es ist wirklich dunkel, auch ohne Dunkelmalerei. Die Städte bekommen je jezt das Kriegselend in ihrem Haushalte zu spüren. Begonnen hat dieses Elend ja schon im Jahre 1914; aber man machte sich damals weiter keine Sorgen. Siegreich wollten die Herren Oberbürgermeister Frankreich schlagen — aber vielmehr schlugen lassen und die Kriegsschuldung, von der auch auf dem Karlsruher Rathaus einmal gesprochen wurde, die würde schon die Sache wieder in Ordnung bringen! Daß es auch anders kommen könnte, daran dachte keiner der Herren, am wenigsten der feinerzeitige „Ober“ der „Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe“. Aber es kam anders! Und nun ist das graue Elend da. Nun hebt das Wehklagen an, das Wehklagen, zu dem aber unbedingt auch der Fuch für Jene gehörte, die uns dieses Elend gebracht haben, die im tollen Eroberungstummel gewissenlos und rücksichtslos das Reich, die Länder, die Gemeinden in dieses Unglück gestürzt haben. Wir könnten dem Willen, am Aufbau mitzuhelfen, bei den Bürgerlichen ehrlücher halten, wenn durch jenen Fuch der Fuch mit der verunkelten und verdorbenen Herrlichkeit deutlicher zum Ausdruck käme. Aber Herr Dr. Finter ist zu diplomatisch, um zu fluchen, Herr Sturn zu främ und Herr Pfeif zu nationalliberal. —

Herr Dr. Finter behandelte in seiner Rede in höchst bildlich und die städtische Finanzlage erschöpfend. Wir beobachten, des beschränkten Raumes wegen, der uns zur Verfügung steht, die Rede nicht im Wortlaut wiedergeben zu können. Das Wesentliche werden wir daraus hervorheben, wir empfehlen es der bringenden Beachtung unserer Leser. Das hervorzuhebenste Merkmal seiner Ausführungen dünkt uns nicht so sehr die traurige Finanzlage an sich, als vielmehr die Unsicherheit, wie sich die Finanzen der Stadt gestalten werden im Hinblick auf die Finanzverhältnisse des Reiches, von denen ja nunmehr die Gemeinden vollkommen abhängig sind. Der Haushaltsplan ist ein Voranschlag, dem nur die Bedeutung einer höchst unsicheren vorläufigen Annahme zukommt, der keine Gewähr dafür bietet, daß der tatsächliche Ablauf der Dinge sich nach ihm vollziehen wird. Auf solch unsicherer Grundlage müssen also die Verwaltungswesen, wie es unsere Großstädte sind, geführt werden.

„ung“ haben, da anscheinend kein Weg gefunden wird, sie mit den Einzahlungen auszubalancieren, wenig positiven Wert. Das haben wir wiederholt gesagt. Wenn man aber solche einfließende Forträge pflegen will, dann berufe man Fachleute. Damit soll aber keine Spitze gedreht sein gegen Hans Blum.

Dugo Höder! Wie oft hat er es bemerkt, in seiner langjährigen hiesigen künstlerischen Tätigkeit die großen und die kleinen Sorgen von den Strahlen der Theaterbesucher zu streifen. Dugo Höder! Sein Name löst laufend frohe Erinnerungen aus. Der liebenswerte Künstler mußte vor einem beschämend leeren Saal seinen „Aufschub“ geben. Seine humorvolle und genussreiche Kunst hat ihm alle erworbenen Freunde erhalten. Aber — Geld haben heute die Andern; dann steht Weidmann vor der Tür, kranthafte Leberleiden von Veranstellungen um — trotzdem hätte „Höders Gujo“ vor ausverkauftem Saal sprechen müssen.

Die oft zum Ohrengehören einseitigen Distanzenstände, welche heute bei Familien- und Vereinsfestlichkeiten gang und gäbe sind, schienen durch die musikalischen Komödien von Dr. Fischer auf ein hohes Niveau gehoben zu werden. Selbstverständlich werden in diesen kurzweiligen Sätzchen die harmlosen Dinge erzählt, und zwar so natürlich und ohne jeden pikanten Einschlag, daß ungetriebene Freunde den Künstlerhausaal füllte. Wir haben folgende Stücke: „Die Wahrsagerin“, Musik von Chr. Willibald von Gluck, ein wunderbares Lustspielchen aus der Wiedererweckung „Dunkel Lohias“ oder „Die Brennschere“ mit der aus längst verstaubten Singliedern von Joseph Weigel zusammengestellten Musik. Zum Schluß erleben wir einen Roman in der Waschlade“. Hierzu hat Dr. Erich Fischer die Musik von Dittersdorf entlehnt. Die Waschlade der Claire Jache, die seltene Begabung für Komik hat, ließ nachfolgend durch den vollstehenden Künstlerhausaal galoppieren. Den übrigen Darstellern und Dr. Fischer für diese Unterhaltungen Lob.

Zur Feier des 27. Stiftungsfestes brachte der hiesige Lehrergesangsverein ein künstlerisches Konzert. Chöre, Vokal- und Musikstücke von Beethoven, Schubert und Liszt gaben dem Programme lebendige und selbstsame Fülle und damit dem Publikum — es hatte die Festhalle fast bis auf den letzten Platz besetzt — Genuß, Freude, Anregung. In guter Ausarbeitung, die zwar fern jeder Künstlichkeit, dirigierte Heinrich Lechner. Der Leiter in allen Stimmen nicht gleichmäßig besetzte Männerchor befandete — wie es bei Lehrergesängen erwartet werden darf — Kultur und Disziplin. Kammerjänger Jean van Bortom sang Schönerlied und „An die ferne Geliebte“, jenen selten gebürdten Liebeskreis von Ludwig van Beethoven. Der „Sancti Angelo Ruffoglia“ ist mit von Stuttgart her ein lieber Bekannter. Er ist dort durch Professor von Bauers — er ist die Seele des Stuttgarter Musikvereins — mehrfach in Schule gegangen und lebt jetzt in Wien. Durch die Veranstaltung bedingt, ließ er das virtuose Element hervorreten. Neben blendender Technik hat er die Gabe, durch persönliche und intellektuell gefärbte Ausgestaltung zu fesseln. — Weihnachten steht vor der Tür und sendet in alle Herzen Vorfreude, schleicht an die Türen der überanstrengten Konzertsäle und schließt sie zu. Mit Recht!

Wer die Oberbürgermeister können ihren Schiller! Selbst am Grabe geben sie die Hoffnung nicht auf. Es wird gespart! Das ist der Richtsinn, den man durch das dunkle Finanzgewölbe hat. Es wird gespart! So schließend und schloffen alle Oberbürgermeisterreden, seit es Oberbürgermeister gibt. Auch wir hoffen, daß einmal zu sparen angefangen wird. Das meiste, was Herr Dr. Finter gesagt hat, können wir unterschreiben, besonders seine Worte bezüglich der endlichen Heranziehung der Landwirtschaft zur Steuerleistung; seine Forderungen an den Staat bezüglich des Steuerrechts der Gemeinden sind im allgemeinen zu unterstützen, wie er auch lebhaft Zustimmung auf unserer Seite fand als er sich entschleider gegen die Entkommunalisierung von Gemeindebetrieben wandte. Im Ganzen aber wird wohl unser Genosse Rathweiler recht haben, der meinte, die Karlsruher Bevölkerung werde zu diesem Voranschlag nur sagen: Eine nette Bescherung!

Die Redner der beiden bürgerlichen Parteien, Sturn vom Zentrum und Pfeif von den Demokraten, reichten bei weitem nicht an das heran, was Dr. Finter ausgesprochen hatte. Beide Herren deluzieren sich in Dinge kleinlich-keimliche Art. Von irgend einem politischen Gesichtspunkt war keine der Reden getragen. Von Herrn Sturn als Zentrumsmann hätte man das zum mindesten erwarten sollen, bei Herrn Pfeif, der es sowohl dem Herrn Hermann wie auch dem Herrn Kainzer recht machen mußte, ist dies natürlich schon schwieriger. Aber Herr Sturn ließ jede Großzügigkeit vermissen, er erging sich in taubenbetrie Sparvorstellungen, die sicher zwar gut gemeint sind, aber wir hätten gedacht, daß das Zentrum als politische Partei doch auch einiges politisch über die Gemeindeangelegenheiten zu sagen gehabt hätte. Kein Wunder, wenn da die Verammlung um 8 Uhr genug hatte und Schluß machte. Man schläft doch lieber zu Hause wie im Rathausaal.

Verhandlungsbericht

Karlsruhe, 20. Dezember 1920.

Oberbürgermeister Dr. Finter eröffnet die gutbesuchte Versammlung; es sind 94 Mitglieder anwesend. Es soll zuerst eine Generaldebatte über den Voranschlag stattfinden, um sodann die Einzelberatungen folgen zu lassen.

Hierauf folgte ein einstündiges

Finanzexpose des Oberbürgermeisters,

in welchem er ein Bild der derzeitigen Lage der Stadt entwarf und die Zukunft derselben skizzierte. Er führte u. a. aus:

Es ist ein in der Geschichte der Stadt Karlsruhe wohl kaum dagewesener Vorgang, daß der Plan für den Haushalt der Stadt in einem Zeitpunkt vorgelegt wird, in dem der Hauptteil des Jahresumsatzes für den er bestimmt ist, bereits abgelaufen ist. Es war schon aus rein technischen Gründen unmöglich, noch in der Zeit vor dem 1. April 1920 einen weiteren Voranschlag für das neue Rechnungsjahr 1920/21 folgen zu lassen, auch zwingen noch andere wichtige Gründe dazu, eine größere Pause einzulegen.

Was zunächst die Ausgaben anbelangt, so brachte die neue Verordnungsordnung eine völlig neue Regelung der Beamtengehälter, deren finanzielle Wirkung sich eigentlich erst nach vollzogener Einziehung der Beamtenstellen in die neuen Besoldungsgruppen übersehen ließ. Noch wichtiger freilich war die durch die Reichsfinanzreform hervorgerufene völlige Ungewißheit über die Einnahmen. Befanlich sind die neuen Reichsfinanzgesetze erst Ende März 1920 erlassen worden. Sie haben die Gemeindefinanzen auf eine völlig neue Grundlage gestellt. Man durfte hoffen, daß nach beiden Richtungen, sowohl der Ausgaben wie der Einnahmen, bis zum Herbst ds. Js. einige Klärung der Unsicherheit werde eingetreten sein. Diese Klärung ist nun freilich auch heute nur bis zu einem Grade vorhanden. Zwar haben wir hinsichtlich der Ausgaben für die bereits zurückerhaltene Zeit insofern festen Boden unter den Füßen, als dafür die Ausgaben feststehen und in dem Haushaltsplan berücksichtigt werden konnten. Dagegen ist für den Rest des Rechnungsjahres auch für die Ausgaben noch alles im Fluß.

Noch weit größer ist die Unsicherheit auf der Seite der Einnahmen, und zwar besteht sie in der Hauptsache in dem Fehlen einer einigermaßen verlässlichen Leberlicht über den Anteil der Gemeinden an der Reichseinkommensteuer. Bis in die letzten Tage schwebte dieser Anhaltspunkt, wie die Länder den gemeinschaftlichen Zweidrittel-Anteil zwischen Land und Gemeinden teilen wollen, und wie der im Landessteuergesetz vorgeschriebene Lastenausgleich geregelt werden soll.

Der Haushaltsplan ist das getreue Spiegelbild der ungeheueren Leistung, die auf dem deutschen Volke lastet. Sie drückt sich aus in der katastrophal zunehmenden Steigerung der Ausgaben. Gatten wir schon bei Aufstellung des letzten Voranschlags einen Rekord der Ausgaben mit 41 Millionen Mark erreicht, so ist in diesem Haushaltsplan die entsprechende Summe auf nicht weniger als 80 Millionen Mark gestiegen. Im letzten Friedensjahre betrug sie 12 200 424 M. Es liegt also eine Steigerung auf das 6½fache vor. Dabei wolle bemerkt werden, daß die finanzielle Wirkung der Kriegsbetriebe: des Nahrungsmittelamts und Milchamts und der Bekleidungsstelle aus dem Voranschlag ausgeschlossen ist, indem man etwaige dabei eintretende Verluste auf den Weg der Deckung durch Anleihenmittel verwiesen hat. Es ist ferner zur Erläuterung des Gesamtaufwandes in seinem Verhältnis zum Ergebnis früherer Voranschläge hervorzuheben, daß diese Steigerung eintreten konnte, obwohl die städtischen Betriebe und Anlagen, nämlich das Gaswerk, Elektrizitätswerk, Wasserwerk, die Straßen- und Lokalbahn, der Schlacht- und Viehhof, der Rheinhafen, die Guts- und Wirtschaft, das Ruderswesen, der Stadtpark mit Festhalle, das Sägewerk, die Badanstalten und das Bestattungswesen, deren finanzielle Ergebnisse im Hauptvoranschlag nur in der Form einer Zahl, nämlich eines Zuschusses oder eines Leberhufusses erscheinen, zusammengekommen eine Mehrbelastung der Stadtlaste um nur 2 Millionen Mark gebracht haben. Es beträgt der Anteil des persönlichen Aufwandes in der Rechnung bei voller Berücksichtigung des neuen Gehaltsstarfs und der auf 1. April und 1. Juli vorgenommenen Lohnerhöhungen 10,5 Mill. Mark, sodas also auf die sachlichen Aufwände 28,5 Mill. Mark entfallen. Ich erwähne dies, um der in der Bevölkerung vielfach herrschenden gefühlsmäßigen Auffassung entgegenzutreten, als ob der ganze Aufwandsdruck durch Arbeiterlöhne und Beamtengehälter verursacht werde.

Es dürfte sich lohnen, einen Blick auf den Gesamterfolg zu werfen. Es ergeben sich dabei beim Vergleich mit den Verhältnissen in früheren Jahren immerhin recht bemerkenswerte Resultate. Im Jahre 1913, dem letzten Friedensjahre, betrug die Gesamtausgaben der Stadt 11 176 000 M. Die Gesamteinnahmen des vorliegenden Haushaltsplanes betragen 81 066 000 M., das sind 88 Prozent der Ausgaben mit 80 225 000 M. Es verbleibt also ein ungebederter Reiz an Ausgaben von 49 189 000 M. Die Ausgleichung dieses Reizbetrags hat dem Stadtrat schwere Sorgen bereitet. Es zeigte sich da die ganze Hilflosigkeit, in die die Gemeinden durch die Reichssteuerreform geraten sind. Die Gemeinde ist damit in völlige Abhängigkeit vom Reich geraten.

Die auch dann noch nötige letzte Hilfe muß die im Landessteuergesetz den Gemeinden eröffnete Möglichkeit des Rückgriffs auf die vom Reich freigelassenen Einkommensteile und die Umlage auf Liegenschafts- und Betriebsvermögen bringen.

Die Farben, in denen sich das Bild unserer Finanzen zeigt, sind düster. Sie werden noch weiter verdunkelt durch die Zahlen des Schuldenstandes. Im Jahre 1913 hatte die Stadt Karlsruhe 52 450 650 M. Schulden. Die Vorlage über die Aufnahme eines 40 Millionen-Anlehens gibt Ihnen bekannt, daß die Schulden der Stadt per 1. Oktober 1920 auf 178 966 048 Mark gestiegen sind. Nun befinden sich darunter allerdings 23 595 Mill. Mark, die uns das Reich auf Grund des Landessteuergesetzes als Kriegsausgaben vergütet und tilgen will, ferner stehen in den Beständen des Nahrungsmittelamts und der Bekleidungsstelle aus Anleihenmitteln besittene Werte im Gesamtbetrag von 20 852 888 M. gegenüber, die hoffentlich in kurzer Zeit liquid gemacht werden können; endlich stehen darunter etwa 18 Mill. Mark, die wegen verspäteter Eingangs der Wirtschaftseinnahmen vorübergehend für Zwecke der laufenden Wirtschaft aufgenommen worden sind, also mit Eingang der laufenden Einnahmen wieder getilgt werden. Der wahre Schuldenstand wird also per 1. Oktober 1920 auf etwa 116 Millionen Mark anzuwehen sein. Aber auch diese Summe bedeutet gegenüber dem Stande vom Jahre 1913 ein Anwachsen der Gesamtschuld der Stadt auf etwa das 2½fache. Der Reichshaushaltsbericht für 1918 rechnet demgegenüber mit einem Vermögensstand der Stadt von 118 180 907 M. Das Bild wird nun freilich freundlicher, wenn wir dieses Vermögen, das im Reichshaushaltsbericht vom Jahre 1918 in Goldmark ausgedrückt ist, nach seinem heutigen Papiermarkwert schätzen. Geschieht dies auch nur bei den Jahreszinsen, und zwar unter Einstellung des Wertes, so dem sie gegen Reuer versichert sind, so ergibt sich ein Gesamtwert von 267 902 306 M. Es kan dies aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Schulden schwerer auf der Stadt lasten. Der Schuldendienst erfordert jährlich 9 257 317 M. gegenüber 2 745 211 M. im Jahre 1918. Was bleibt, so müssen wir fragen, gegenüber einer solchen Lage zu tun? Auf eine Politik der Resignation dürfen wir uns nicht einstellen.

Was wir im Interesse der Gemeinden verlangen müssen, das ist, daß die Veranlagung und Erhebung der Reichsteuern in einer Weise geordnet wird, die auch den wirklichen und frühzeitigen Eingang dieser Steuern gewährleistet. Drei große Fragenkomplexe sind es, die hier noch zu lösen sind:

1. Die Regelung des Steuerrechts der Gemeinden auf dem dem Reich freigegebenen Steuergebiet der indirekten Steuern und der Ertragssteuern;
2. Die Verteilung des Anteils an der Reichseinkommenssteuer und Körperschaftsteuer zwischen Stadt und Gemeinde;
3. Der sogenannte Lastenausgleich.

Besonders ungerecht wirkt es, daß die Gemeinden keine Aufgaben für ihre Feuererschutzeinrichtungen erheben dürfen. Die Aufwendungen der Stadt Karlsruhe für Schutz und Versicherung gegen Feuergefahr betragen in diesem Jahre nicht weniger wie 778 900 M. Dabei wird eine Verstärkung der Berufsfeuerwehr kaum zu umgehen sein. Ganz besonderen Wert lege ich ferner auf die Ermöglichung einer ausgiebigeren Befähigung des Reichs der Gemeinde zur Besteuerung des unbedienten Verzuwachses an Grundstücken. Wichtig für die Gemeinden ist ferner die angemessene Verteilung des gemeinschaftlichen Anteils an der Reichseinkommens- und Körperschaftsteuer zwischen Land und Gemeinde. Endlich verdient der der Landesgesetzgebung vorbehaltenen Lastenausgleich die besondere Beachtung der Gemeinden. Der bisherige Zustand, in dem die Städteordnungsgemeinden die Volksschul-lasten ganz und dazu noch einen großen Teil der Mittelschul-lasten zu tragen haben, während die kleinen Gemeinden zu den Mittelschulen überhaupt nichts beitragen, obwohl ihre Bürger das Recht des Besuchs der städtischen Mittelschulen haben. Nicht durch Belastung, sondern durch Entlastung der Gemeinden muß der Ausgleich kommen.

Indessen wird es zur Verbesserung unserer Finanzlage nicht genügen, daß wir Hilfe von außen suchen; es nötig uns, unsere Notlage vielmehr dazu, auch im Gemeindehaushalt selbst nach Mitteln und Wegen der Erleichterung Umschau zu halten. Zur Einnahmeförderung bleibt freilich zu sagen nicht mehr viel übrig. Das Hauptaugenmerk ist aber auf die Verringerung der Ausgaben zu richten. In diesem Grundsatze besteht wohl allgemein Lebererinstimmung. Es wird den Stadteverwaltungen in allen Tonarten von ihren Bürgern gepredigt. Nicht so groß ist freilich die Lebererinstimmung, wenn es sich darum handelt, die einzelnen Gebiete zu bestimmen, auf denen gespart werden kann. Ein rter Grundsatze scheint mir zu sein, daß die Erhaltung des Gemeindevermögens gesichert bleiben muß. Die Soliderhaltung unserer Gemeindeeinrichtungen ist die vornehmste Pflicht, wenn wir sparen wollen. Dem Ziele soliden Wirtschaftens dient die Gründung von Erneuerungsfonds, die Ihnen in der ersten Vorlage vorgeschlagen sind. Die Sparmaßnahme der Gemeinde kann ferner nicht dazu führen, daß wir unsere Bedürftigen im Stich lassen.

Ebenso müssen wir es als unsere unbedingte Verpflichtung anerkennen, daß wir so fern, daß unsere Zugend zu einem körperlich, geistig und sittlich gefunden Geschlechte heranwächst und endlich ist es unsere heilige Pflicht, dem deutschen Volke seine hohen Kulturwerte trotz aller Not der Zeit zu erhalten.

Die Auswirkung des Reichsbeses größter Zurückhaltung in den Ausgaben verlangt zunächst, daß gegenüber neuen, der Stadt zugemuteten Aufgaben gemäßigtheit und streng geprüft werde, ob sie dafür in Betracht kommen zu können.

Aber auch gegenüber bestehenden Aufgaben der Gemeinden wird die Prüfung einsehen müssen, ob sie beizubehalten sind. Besonders drückend wirkt die Last der Kreisumlage. Auch von den Kaufmanns- und Gewerbebetrieben läßt sich wohl sagen, daß sie gemäßigter mit der staatlichen Gerichtsbarkeit verbunden werden.

Ferner hat der Krieg den Gemeinden auf dem Gebiete der Bedürfnisberforderung Aufgaben auferlegt und sie zu Einrichtungen veranlaßt, die sich als schwere Belastungen des Gemeindehaushalts entwickelt haben. Wie wir uns einerseits durch feinerlei Agitation dazu zwingen lassen können, notwendige Gemeindeeinrichtungen aufzuweisen, so wäre es andererseits unbedingt falsch, lediglich des Prinzips wegen unnötig gewordene Gemeindebetriebe, namentlich, wenn sie den Haushalt schwer belasten, beizubehalten. Von diesem Gesichtspunkt aus hat der Stadtrat schon im Laufe des letzten Sommer auf einen Abbau der launfängigen Abteilung des Nahrungsmittelamts gedrängt. Dieser ist in erheblichem Umfang bereits vollzogen. Der Warenbestand ist zurzeit (1. Dezember) nur noch auf 7 800 000 M. gegen 26 000 000 M. am 1. April anzunehmen, und auch der Personalstand des Nahrungsmittelamts ist von 194 auf 63 abgebaut worden. Sehr gegen ihren Willen ist die Stadtverwaltung durch das Bestehen des Großhandels genötigt worden, die nötige Winterreserve an Kartoffeln fest zu beschaffen. Ebenso ist der Abbau der Bekleidungsstelle beschlossene Sache.

Eine schwere Belastung der Wirtschaft bedeutet, wie der Voranschlag erweist, immer noch die Gutswirtschaft. Dagegen wird ich den Gedanken der Entkommunalisierung hinsichtlich der städtischen Betriebe mit gemeinwirtschaftlichem Zwecke und gleichzeitiger Monopolstellung für meine Person unbedingt

ablehnen. Etwas anders liegt es wohl bei der Lokalbahn. Hier kann man nach dem Verlauf der Dinge in der Tat im Zweifel sein, ob nicht die Grenzen der gemeindlichen Aufgaben bei der Uebernahme dieser Bahn auf die Stadt überdrückt worden sind.

Die besondere Aufmerksamkeit muß ferner der Verwendung von Anlehensmitteln für gemeindliche Aufgaben gewidmet werden. Das bedrohliche Anwachsen der Schulden der Stadt bedingt die Stadterhaltung dazu, auch nach dieser Richtung die größte Zurückhaltung zu üben. Anleihen mittel- bis langfristiger Natur sind nur zu verwenden, wenn die Zweckbindung der aufzubringenden Mittel sichergestellt ist.

Unter allen Umständen muß es vermieden werden, laufende Bedürfnisse durch Anleihen zu befriedigen. Das rufe ich besonders denen ins Bewußtsein, die etwa Neigung haben, durch Ablehnung einer vorgeschlagenen Einnahme, etwa einer Steuer, den Voranschlag aus dem Gleichgewicht zu bringen.

Im übrigen sind die sachlichen und persönlichen Ausgaben gleichmäßig zu erfassen. Nach der sachlichen Seite hin wird sich das Städtische in dem Bereich auf äußeren Schmuck und all die Zutaten zu äußern haben, die wir als den äußeren Komfort des Haushalts der Stadtverwaltung bezeichnen können.

Nach der persönlichen Seite muß die Bewegung des Beamten- und Arbeiterstandes unter strenger Kontrolle im Sinne der Erzielung möglicher Ersparungen gestellt werden. Das starke Anwachsen der Beamtenzahl von 1041 am 1. Januar 1914 auf den heutigen Stand von 1670 kann nicht allein durch die hinzutretenden neuen Aufgaben erklärt werden, sondern gibt Anlaß zur genaueren Prüfung, ob nicht doch in dem oder jenem Zweige der städtischen Verwaltung mit weniger Kräften auskommen werden kann.

Insbesondere gilt auch für die Arbeiterverhältnisse, wiewohl hier die Steigerung von 1892 am 1. Januar 1914 auf den heutigen Stand von 1877 nicht so erheblich ist wie bei den Beamten.

In das Kapitel der Erziehung auf persönlichem Gebiet gehören auch die Abnahmestellungen am Landestheater, an dessen Fühlort die Stadt zu Hälfte beteiligt ist. Wie zu erwarten war, hat diese Maßnahme nach ihrem Bekanntwerden vielfach Gegenwehr hervorgeufen, sowohl im Prinzip als im Einzelnen.

So will ich denn meine Betrachtungen zur Einleitung unserer diesjährigen Budgetberatung schließen. Nicht alles, was ich zu sagen habe, wird allen gleich angenehm gelungen haben. Nehmen Sie meine mahnenden Worte hin als den freimütigen Ausdruck meiner ohne Rücksicht auf Parteiprinzipien aus der sorgenvollen Betrachtung unserer Lage gewonnenen Ueberzeugung.

(Geheimer Beirat)

Es beginnt sodann die Generaldebatte.

Namens des Stadterordneten-Bürgerstandes spricht

Stadtr. Rothweiler

Der etwa ausführende: Der Voranschlag ist ein Weihnachtsgeschenk, von dem die Bevölkerung sagen wird: es ist eine nette Gabe. Der Voranschlag ist ein getreues Spiegelbild unserer Not. Es sind geradezu phantastische Zahlen, die da angeführt werden. Es wird draußen nicht den besten Eindruck machen, zumal es wieder in der Hauptsache von jenen getragen werden muß, die auf festes Einkommen angewiesen sind.

Der Ausgleich des Budgets darf nicht durch Anleihen geschaffen werden; er muß durch unmittelbare Besteuerung gedeckt werden. Die Vorschläge des Stadtrats weisen manche Mängel auf, besonders bezüglich der Erhöhung des reichssteuerfreien Einkommens. Aber eine Möglichkeit, eine andere Deckung zu finden, anstatt dieser Steuer, war nicht zu finden.

Teil der Kosten für soziale Zwecke werden von der Verwaltung verschlungen: es müsse hier alsbald auf Wege zur Besserung dieser Verhältnisse geachtet werden.

Bezüglich der wirtschaftlichen Betriebe hoffen wir, daß sie alsbald wieder den alten Stand erreichen. Bezüglich der Industrie und des Verkehrs hoffen wir, daß hier großzügig gearbeitet wird.

Die wichtigste Frage ist die der Ernährung. Wir dürfen konstatieren, daß heute zwar die Zwangswirtschaft aufgehoben ist, wir aber keine Erhöhung der Produktion, sondern nur eine solche der Preise bekommen haben.

Wir müssen den Weg der stärkeren Erfassung der Lebensmittel ergreifen. Die Landwirtschaft ist unerlässlich. Die Not der Kinder und der Frauen wird zurückgedrängt von der Sucht, den Geldbeutel zu füllen.

Wir hoffen, daß eine Gesundung unserer Wirtschaft eintritt, dazu ist aber Optimismus nötig. Unsere Aufgaben können nur demühtig werden, wenn alle Kräfte sich in den Dienst der Stadt stellen. Vor allen Dingen tut uns not Arbeitswille und Zukunftsglaube.

Stadtr. Sturz (Jr.): Darauf, daß der Voranschlag später erscheinen soll, legen wir keinen Wert. Wenn wir die Millionenbeträge betrachten, so müssen wir sagen, daß diese nur so weit reichen dürften, daß die Kreditwürdigkeit der Stadt nicht darunter leidet.

Die persönlichen Aufwände sind gegenüber den sachlichen im umgekehrten Verhältnis wie bei den Staatsbeamten. Wir müssen sparen bis hart an die Grenze des Möglichen. Auch bei Verhandlungen könnte Zeit gespart werden.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen. Die Kontrolle der Beamten und Arbeiter hat nicht durch den Bürgermeister, sondern durch die Amtsstellen zu erfolgen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Stadtr. Pfeiff (Dem.): Ich erkenne zunächst an, daß der Oberbürgermeister nach seinem beim Amtsantritt vertretenen Grundverständnis für den Dank auszusprechen.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 21. Dezember.

Ein Braunkohlenbergwerk bei Karlsruhe?

Nach einer Bekanntmachung der badischen Bergbehörde wurde nach Durchführung des Gutachtensverfahrens dem Herrn Walter Henning in Karlsruhe, Westendstraße 64, die Berechtigung verliehen, zur Gewinnung von Braunkohle in den Gemarkungen Hardwald Karlsruhe und Weisknecht, Amtsbezirk Karlsruhe, ein Bergwerk unter dem Namen „Bähringen“ zu betreiben.

110 000 Mark für die Deutsche Kinderhilfe in Karlsruhe

Die Badische Geschäftsstelle, Stefaniensstraße 74, teilt uns mit: Der Hilfsruß der deutschen Kinder ist auch in Karlsruhe nicht ungehört verhallt. Auf das Konto des Ostsausschusses sind bis jetzt schon über 110 000 M. eingezahlt worden.

Geheimabschluß der Brauerei Moninger A.G. In Generalversammlungen der A.G. vom 8. Moninger Karlsruhe und der Brauerei Eglau A.G. Durlach wurde die Verschmelzung der beiden Unternehmen beschlossen.

Vom Kinderhilfsruß. Für die deutsche Kinderhilfe haben größere Beiträge gezahlt: je 3000 M. der ehemalige Großherzog und Großherzogin Hilde, Prinz Max von Baden und Fürst zu Leiningen, 1000 M. die ehemalige Großherzogin Luise.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 21. Dezember 1920

Ein schwaches Hochdruckgebiet, das über die westliche Hälfte über Europa sich erhalten hat, bringt teilweise Auflockerung. Die Temperaturen sind dabei in der Nacht wieder zurückgegangen.

Schriftleitung: Georg Schöpflin. Verantwortlich für Artikel, politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Badische Politik; Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Mittwoch, 22. 12. im Vereinslokal Ausgabe des „Naturfreund“ an die Hefeverteiler. Donnerstag, 30. 12., Monatsversammlung im Schreiner, Saal 3.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geburten. Friedrich Dav von Ludwigsbafen, Kaufm. alda, mit Ida Eglab, geb. Konanz, von Billingen. Emil Meißner von hier, Glaser hier, mit Marie Fütterer, geb. Wader, von Raibingen. Heinrich Kuhnmann von Rohrbach, Landwirt hier, mit Genoveva Werklinger, geb. Kraft, von Walsch. Aaver Wetter von Freiburg, Straßenbahnschaffner alda, mit Käthe Ros von hier. Oskar Meier von hier, Schlosser hier, mit Paula Daud von hier. Julius Verbes von Hirschbach, Schieferdecker hier, mit Delfie Edwald von hier. Wilhelm Geugelin von hier, Reifsefretzer hier, mit Elise Wittschele von hier. Karl Hädel von Forchheim, Holzschleifmeister hier, mit Emma Schäfer von Bornheim. Gustav Dahn von Grödingen, Schreiner alda, mit Lina Langlade von Wöfingen. Emil Weber von hier, Viehhirte hier, mit Paula Albert von hier. Johann Klein von Baden, Kaufmaler hier, mit Anna Stein von Eckhofheim. Karl Wittlinger von Helmstadt, Schreiner alda, mit Elise Wader von hier. Johann Sigler von Hellingen, Bäcker hier, mit Marie Schumacher von Derswald. Friedrich Lehle von hier, Eisenbrecher hier, mit Vertha Kattner von hier. Josef Stein von Redarjum, Handelsmann hier, mit Anna Wiesel, geb. Stache, von Rehl. Karl Pfeifer von hier, Fabrikarbeiter hier, mit Karolina Krauß von Kaiserlautern. Emil Bauer von Eßlingen, Goldarbeiter alda, mit Florentine Schneider von Eßlingen. Eugen Schent von Kaspach, Akkumulatorenwärter, alda, mit Maria Rothmund von Baden. Ludwig Jörger von hier, Glaser hier, mit Lydia Westermann von hier. Arthur Wenzel von hier, Eisenbrecher hier, mit Maria Hellmuth von hier.

Die Eisenbahnräuber

Der größte bisher gezeigte Wildwest- und Cowboy-Schlager.

Badisches Landestheater. Dienstag, den 21. Dezember 1920. 3403

Der Troubadour. Anfang 7 Uhr. 14.40 Ende nach 9 1/2 Uhr.

Volksbühne Karlsruhe. Im Konzerthaus. 3404

Heimg'funden. Dienstag, 21. Dezemb. 1920. Anfang 7 Uhr. Ende geg. 10 Uhr.

Schmerzmittel „Nissin“ gegen Kopfläuse. Nichts anderes nehmen! Zu haben in allen Apotheken und Drogerien.

Zu Weihnachten! empfehlen wir echte Kamelhaar-Schuhe

in allen Größen Mech. Schuhfabrik, Karlsruhe

Meinverkauf: Jähringerstraße 50.

Daniels Konfektionshaus Wilhelmstraße 34, 1 Troppa, Karlsruhe.

Um für den Weihnachtsbedarf dem kaufenden Publikum besondere Vorteile zu bieten, bringe ich Wintermäntel, Jackenkleider, Mantelkleider, Seiden- und Voilekleider, Sportjacken, Röcke, Blusen, Pelze, Pflsch-Garnituren zu ausserordentlich niederen Preisen zum Verkauf.

Keine Ladenspesen. Tel. 1848. Reelle Bedienung.

Die Eisenbahnräuber

Der größte bisher gezeigte Wildwest- und Cowboy-Schlager.

Margarine per Pfund Mark 14.50

Strol, feinste Pflanzenbutter per Pfund Mark 18.20

Erstklassige Käse: Zilliter 1/4 Pfund Mark 3.75

Gudatäse 1/4 Pfd. Mk. 4.20 u. 5.20

Günstige Bezugswerte für Betriebe, Kantinen etc. 7087

Laden geöffnet von 8-12 Uhr und von 2-6 Uhr.

Milchzentrale, Lanterbergstraße 3.

Kaufe

getrag. Kleider, Schuhe, Weisung, Möbel, aller Art, zu realen Preisen.

A. Schap, 67 Kaiserstraße 67 (Eingang Waldhornstr.)

Franz Zenz

Kreuzstr. 20 - Tel. 1100.

Buchdruckerei Buchbinderei

Reißt rasch alle empfindlichen Arbeiten.

Druckmaschinen 1.1 Stunde

Bei Abgabe obige Inferriales gewähre ich an sämtliche Waren 1/2 Rabatt

Die Ausgabe neuer Lebensmittel-Karten betr.

Die Ausgabe der neuen, ab 10. Januar 1921 gültigen Lebensmittelkarten beginnt Dienstag den 21. Dezember im Mittelbau der städt. Ausstellungshalle, gegenüber der Reichshalle.

Dieselbe erfolgt an die einzelnen Haushaltungen nicht mehr durch die Bäckereien, sondern durch das Nahrungsmittelamt direkt und nur gegen Vorzeigen der grünen Lebensmittel-Ausweisarte.

Die Ausgabe erfolgt straßenweise in nachstehender alphabetischer Reihenfolge:

Dienstag, 21. Dez., für die Straßen: Adler- bis Breitenstraße.

Mittwoch, 22. Dez., für die Straßen: Breiten- bis Fabrikstraße.

Donnerstag, 23. Dez., für die Straßen: Fabrik- bis Gutenbergstraße.

Dienstag, 28. Dez., für die Straßen: Hahnen- bis Kaiserallee.

Mittwoch, 29. Dez., für die Straßen: Kaiser- bis Kornweg.

Donnerstag, 30. Dez., für die Straßen: Kornweg bis Mollstraße.

Montag, 3. Jan., für die Straßen: Moll- bis Mintheimerstraße.

Dienstag, 4. Jan., für die Straßen: Mintheimer- bis Soffienstraße.

Mittwoch, 5. Jan., für die Straßen: Soffien- bis Walhallstraße.

Donnerstag, 6. Jan., für die Straßen: Walhall- bis Zirkel.

Geschäftszeit der Kartenausgabe von morgens 9 bis nachmittags 3 Uhr.

Im Interesse einer geordneten Erledigung der Ausgabe, wird das Publikum höflich, sowie dringend gebeten, die oben angegebene Reihenfolge genau einzuhalten. Sämtliche Karten sind beim Empfang auf ihre Richtigkeit sofort zu prüfen und eine etwaige Reklamation sofort bei der Ausgabeestelle anzubringen. Später einlaufende Beanstandungen werden keinesfalls anerkannt. Beim Empfang muß für jeden Haushalt besonders quittiert werden. An Kinder unter 14 Jahren werden keine Karten abgegeben.

Jede Person erhält ein Heft mit Vorkarten Nr. 13-24. Jede Nummer der Vorkarten enthält 4 Abschnitte à 750 gr, 6 kleine Abschnitte, die bis auf weiteres mit je 50 gr Brot und eine Mehlkarte, die mit 340 gr Brot oder 260 gr Mehl, eingelöst werden. Die Gültigkeitsdauer ist auf jeden Abschnitt aufgedruckt und darf nur in dieser Zeit verbraucht bzw. eingelöst werden.

Das Deckblatt des Vorkartenheftes gilt als Zuckerkarte und werden die einzelnen Zuckerkarten zur Einlösung jeweils ausgetauscht. Dasselbe ist abzutrennen und sorgfältig aufzubewahren.

Neue Warenmarken und Haushaltungskarten werden diesmal nicht ausgegeben, und behalten die im Juli zur Ausgabe gelangten Marken weiter Gültigkeit.

Selbstverforgerte erhalten nur Zuckerkarten. Diese werden ab 10. Januar bei unserer Kartensstelle „Kaffee Rowad“ ausgegeben. Dasselbe trifft auch für diejenigen, die Anbauer von Getreide sind, zu, die

- 1. bis heute Selbstverforgerantrag gestellt, aber noch keinen Nachschein beantragt haben,
2. die Nachschiebe Leihen und mit ihrer Selbstverforgung noch nicht begonnen haben,
3. die nicht Selbstverforger werden wollen und Getreide noch nicht abgeliefert haben.

Wirtschaften und Anstalten erhalten wie bisher ihre Marken am Wirtschaftsschalter Nr. 2. Die Ausgabe erfolgt für Wirtschaften in der Woche vom 27. Dezember bis 3. Januar, für Anstalten ab 3. Januar. Reklamationen, die Personenzahl betreffend, werden erst in der Woche vom 10. Januar bei der Kartensstelle entgegengenommen.

Die Ausgabe der Marken für „Mutter und Kind“ erfolgt in der bisherigen Weise. Kinder, im Alter von 1 bis 2 Jahren erhalten ab 10. Januar als Sonderzuweisung pro Woche je 1 Paket Zwiebad. Diese Marken werden jeweils auf 5 Wochen am Schalter für „Mutter und Kind“ gegen Vorzeigen der grünen Lebensmittel-Ausweisarte ausgegeben.

Da die Gültigkeitsdauer der Marken auf 24 Wochen berechnet ist, verlorene, gestohlene oder sonst abhanden gekommene Marken keinesfalls ersetzt werden, ist im eigenen Interesse eine sorgfältige Aufbewahrung geboten.

(Bitte aussteichen und genau beachten.)

Karlsruhe, den 17. Dez. 1920. 3351

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Die schönste Weihnachtsfreude

mit meinen Sportartikeln

Karlsruhe i. B. Karlsruhe i. B. Filiale Durlach

Kaiserstraße 174. Fernsprecher 5218. Hauptstraße 30. Fernsprecher 20.

Die im Jahresprogramm vorgegebene Weihnachtsfeier muß am 2. Januar verschoben werden.

Die Einlieferung findet morgen Mittwoch, den 22. Dezember, 1/11 Uhr, statt.

Gefang-Verein „Lassallia“

Todes-Anzeige.

Wir setzen unsere Mitglieder gegenseitig in Kenntnis, daß unser lieber Gesangsmitglied

Friedrich Jung

nach langem, schwerem Leiden, welches er sich im Kriege zugezogen hatte, im Alter von 34 Jahren erlosch.

Die Einlieferung findet morgen Mittwoch, den 22. Dezember, 1/11 Uhr, statt.

Der Vorstand.

Bekanntmachung zum Kapitalertragsteuergesetz.

Das Kapitalertragsteuergesetz verpflichtet die Schuldner, bei Zahlung ihrer Schuldzinsen 10 vom Hundert der Zinsen einzubehalten und an das für sie zuständige Finanzamt abzuführen; dies gilt schon für alle Zinsen, die am 31. März oder 1. April 1920 fällig geworden sind, ebenso wie für die später fällig werdenden Zinsen. Die Steuer muß binnen einem Monat nach Fälligkeit der Zinsschuld entrichtet werden, wobei der Schuldner Namen und Wohnung des Gläubigers den Schuldbetrag, den Betrag der geschuldeten Zinsen und den Zeitraum, für den die Zinsen zu zahlen sind, anzugeben hat. Darlebenszinsen, die für die Zeit vor dem 1. Oktober 1919 geschuldet werden, bleiben steuerfrei.

Für die Zahlung der Steuer ist der Schuldner persönlich verantwortlich. Erfüllt er seine Verpflichtung vorläufig oder fahrlässig nicht, so kann er wegen Steuerhinterziehung oder Steuergeheimnis strafrechtlich verfolgt werden.

Hat der Gläubiger entgegen den gesetzlichen Vorschriften den vollen Betrag des geschuldeten Betrags ohne Abzug der Steuer erhalten, so ist er fernerfalls ebenso verpflichtet, die Steuer zu entrichten, und zwar an das für ihn zuständige Finanzamt innerhalb eines Monats nach Erhalt der Zahlung.

Für Schuldzinsen, die vor dem 31. März 1920 gezahlt sind, muß die Steuer ebenfalls entrichtet werden, wenn die Zinsen erst am 31. März oder später fällig geworden sind.

Karlsruhe, den 20. Dezember 1920. Finanzamt I und II. 3397

Die Abgabe von Kartoffeln im Kleinverkauf.

Die Abgabe von Kartoffeln aus der durch die Stadtverwaltung beschafften Kartoffelernte beginnt am 29. Dezember d. J. gegen Abgabe der an die Versorgungsberechtigten ausgegebenen Kartoffelmärken.

Jede Marke hat für eine Wochenlieferung von 5 Pfund Kartoffeln Gültigkeit. Um den Bezug und die Abgabe zu erleichtern, haben wir den Geschäftsfreigelegten, die Wochenmarken Nr. 1 bis 5 auf einmal einzulösen. Wer von diesem Einlösungsberechtigt Gebrauch macht, kann erst nach Ablauf von 5 Wochen weitere Kartoffelmengen beziehen. Es liegt daher im Interesse dieser Käufer, mit der zugeteilten Menge hauswirtschaftlich umzugehen.

Der Verkaufspreis beträgt für das Pfund 46 Pfennig.

Infolge der geringen zu einer Wochenabgabe verfügbaren Menge bleibt die Abgabe bedürfnisbedingt und der Zinsen Pfannkuch u. Co. und Emil Duxer.

Karlsruhe, den 18. Dezember 1920. Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Pferdefleisch.

Bringe Mittwoch sowie jeden Tag prima Fleisch u. Würstwaren zum Verkauf.

Filialen: Durlacherstraße 68, Mugartenstraße 49.

Theo Gramlich. Telefon 5117.

Ich zahle

die besten Preise für Mehl, Butter, alte Käse, Wäcker, alte Teeblätter usw.

J. Briel, An- u. Verkaufsgeschäft, Hagenstraße 35.

Gänselebern

werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft.

Neuer 7096. Bäcker, Weberstr. 28, III.

Maßtatter Anzeigen.

In letzter Zeit sind Lampen der elektrischen Straßenbeleuchtung wiederholt von Vandalenhand beschädigt worden.

Die Stadtverwaltung bei der Abhaltung derartiger Vandalentaten zu unterbinden. Die Stadtverwaltung möchte sich somit auf das Maß der Beleuchtung der betr. Straßen beschränken.

Karstadt, den 13. Dezember 1920. 3399

Dung-Versteigerung.

Die Stadtgemeinde Karstadt läßt am Donnerstag, den 23. Dezember, vormittags 1/12 Uhr eine Grube voll Dung im Hofe des städtischen Schlachthauses öffentlich versteigern.

Karstadt, den 20. Dezember 1920. 3400

Baden-Baden.

Gabholzentischädigung.

Die Geldentziehung für die Gabholzberechtigten der Altstadt für das nicht in natura empfangene Bürgerabholz wird am

Mittwoch, den 22. Dezember, vormittags 8-12 1/2 Uhr. Buchstabe A-K.

Donnerstag, den 23. Dezember, vormittags 8-12 1/2 Uhr. Buchstabe L-Z.

Die Gabholzberechtigten am Schalter 7 ansprechen. Andere Personen haben sich durch Vorlage einer Vollmacht des Gabholzberechtigten der Käse gegenüber auszuweisen.

Stadtverrechnung. 3401

Bruchtaler Anzeigen.

Kohlen-Ausgabe.

Ab Dienstag den 21. Dezember wird bei nachstehend aufgeführten Kohlenhandlungen auf die Monatsmarke Dezember 20 Abschnitt I Kohlen- und Zimmervorrat, Brennmaterial abgegeben.

Bei J. Weidold an die Kunden von Nr. 125 bis Nr. 229 je zwei Zentner Anthr.-Kohlen.

Bei E. Eberhardt an die Kunden von Nr. 98 bis Nr. 204 je zwei Zentner Anthr.-Kohlen.

Bei H. H. H. an die Kunden von Nr. 117 bis 250 je zwei Zentner Steinkohle.

Das Brennmaterial muß bis zum 29. Dezember abgeholt werden, andernfalls daselbe an weitere Kunden abgegeben wird.

Angesichts der schwierigen Kohlenlage wird sofortige Abnahme der angegebenen Mengen empfohlen, da eine nachträgliche Lieferung im Winter nicht erfolgen kann.

Bruchtal, den 20. Dezember 1920. 2402

Allgemeine Ortskrankenkasse Bruchtal.

Die Wahlen zum Vorstand der allg. Ortskrankenkasse Bruchtal betr.

Gemäß § 19 der Wahlordnung bringen wir hiermit zur allgemeinen Kenntnis, daß in der am 19. Dezember 1920 abgehaltenen Ausschuß-Sitzung als Vorstandsmitglieder und Ersatzmänner gewählt worden sind:

A. Als Vertreter der Versicherten: 1. G. G. G., 2. F. F. F., 3. H. H. H., 4. K. K. K., 5. L. L. L., 6. M. M. M., 7. N. N. N., 8. O. O. O.

als deren Ersatzmänner: 1. P. P. P., 2. Q. Q. Q., 3. R. R. R., 4. S. S. S., 5. T. T. T., 6. U. U. U., 7. V. V. V., 8. W. W. W.

Die Gültigkeit der Wahl kann innerhalb einer Woche nach der Bekanntmachung des Wahlergebnisses angefochten werden. Anfochtungen sind bei dem Vorstand oder dem Versicherungsausschuss anzubringen; das Versicherungsausschuss entscheidet. (§ 20 der Wahlordnung.)

Bruchtal, den 20. Dezember 1920. Der Vorstand der allg. Ortskrankenkasse Bruchtal: F. F. F., Vorsitzender, Schlichter.

1. Sitzung, mittl. Figur, 1. Bodenanteil, beides neu, sehr billig zu verkaufen. 7096

Schützenstr. 15, 4. St. r.

Pfannkuch & Co. Neue Gemüse-Konserven. feinste. Schnittbohnen 1 Pfund 4.-. Tomatenpüree 1 Pfund 5.-.

Gänselebern werden fortwährend zu höchsten Preisen angekauft. H. Bäcker, Wagner, Hagenstr. 11. Wäscherei Schorpp verkauft auch neue Kragen.

prima Fleisch u. Würstwaren zum Verkauf. 7091. Filialen: Durlacherstraße 68, Mugartenstraße 49. Theo Gramlich. Telefon 5117. Ich zahle die besten Preise für Mehl, Butter, alte Käse, Wäcker, alte Teeblätter usw.

Passende Weihnachts-Gabe! Prima Cigarren von 45.5 an bei Abnahme v. 100 St. Originalpackung. Louis Burkhardt & Co. Fabrik für Tabakfabrikate Bergzabern. Verkauf: Wielandstraße 8 hier.

Herren-Ulster (Reichsware) Stück nur Mk. 200.- haben abzugeben. Gebrüder Strauss. Steinstrasse 23, 1. Stock. 7098.

Pfannkuch & Co. feinste. Schnittbohnen 1 Pfund 4.-. Tomatenpüree 1 Pfund 5.-.

Gänselebern werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft. H. Bäcker, Wagner, Hagenstr. 11. Wäscherei Schorpp verkauft auch neue Kragen.

prima Fleisch u. Würstwaren zum Verkauf. 7091. Filialen: Durlacherstraße 68, Mugartenstraße 49. Theo Gramlich. Telefon 5117. Ich zahle die besten Preise für Mehl, Butter, alte Käse, Wäcker, alte Teeblätter usw.

Passende Weihnachts-Gabe! Prima Cigarren von 45.5 an bei Abnahme v. 100 St. Originalpackung. Louis Burkhardt & Co. Fabrik für Tabakfabrikate Bergzabern. Verkauf: Wielandstraße 8 hier.

Herren-Ulster (Reichsware) Stück nur Mk. 200.- haben abzugeben. Gebrüder Strauss. Steinstrasse 23, 1. Stock. 7098.